

KAPITULATION DER OPPOSITION — SIEG DES LENINISMUS

Die Opposition innerhalb der Kommunistischen Partei der Sowjetunion war gezwungen zu kapitulieren. Ihre Deklaration vom 16. Oktober gehört zu den wichtigsten historischen Dokumenten.

Jede große Wendung in der Geschichte der russischen Revolution war von einer Krise in der Kommunistischen Partei begleitet. Bei jeder neuen Gruppierung der Klassenverhältnisse erstarkte der Druck der nichtproletarischen Massen auf das Proletariat und führte zu Schwankungen in den Reihen der weniger festen Elemente der Partei. Nicht alle Teile des Proletariats selbst konnten gleichmäßig und mit derselben Schnelligkeit und Zweckmäßigkeit auf die neuen Situationen reagieren und sich den neuen Aufgaben anpassen. Andererseits fanden sich Führer innerhalb der Kommunistischen Partei, die den Schwankungen der rückständigen proletarischen Schichten nachgaben. Große historische Wendepunkte machten jedoch das Zusammenreißen aller Kräfte des Proletariats notwendig, forderten die gewaltigste Konzentrierung aller Kräfte von Proletariat und Partei. An jedem Wendepunkt hatte die Kommunistische Partei eine Krise durchzumachen, aus jeder aber ging sie neugestärkt hervor, so will es das Entwicklungsgesetz der schwersten aller Revolutionen — der proletarischen Revolution.

1925 und 1926 ist die sozialistische Revolution in der Sowjetunion an einen neuen Wendepunkt gekommen. Nach der Machtergreifung, nach den Jahren des Bürgerkrieges und des Hungers wurde auf der Grundlage der Neuen Oekonomischen Politik die Wirtschaft in zäher Arbeit wieder aufgebaut. Industrie und Landwirtschaft erreichten das Vorkriegsniveau und die proletarische Revolution steht vor einer neuen Aufgabe. Der Prozeß des Wiederaufbaus mit der Hilfe des Erbes der durch den Kapitalismus aufgehäuften Produktionsmittel ist beendet. Es beginnt die Periode des Aufbaus des Sozialismus auf neuer technischer Grundlage. Die Aufgabe ist wahrhaftig riesengroß — und einige „Führer“ haben sich, an dieser gigantischen Aufgabe gemessen, als zu klein erwiesen. Ein krankhafter Pessimismus hat sie ergriffen. Sie verneinten die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in der von kapitalistischen Staaten umringten USSR, obwohl mit Lenins Worten in ihr „alles vorhanden ist, was für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft notwendig ist“.

In veränderter Form, unter geänderten Schlagworten wiederholte sich wieder einmal das alte Spiel, das sich bei allen grundsätzlichen Wendungen gezeigt hat. Die erste grundsätzliche Wendung in der Geschichte der proletarischen Revolution war die Machtergreifung selbst. Eine heftige Krise erschütterte im Oktober 1917 die Partei des Bolschewismus. Ein Teil der Führer (Kamenew, Sinowjew) sprachen sich gegen die Machtergreifung aus. Sie haben die neue Lage nicht erkannt, sie glaubten, daß die Periode der proletarischen Revolution

noch nicht angebrochen sei. Sie bekämpften Lenin und beschuldigten ihn, er überschätze die Kräfte des Proletariats, und statt des bewaffneten Aufstandes schlugen sie eine Koalitionsregierung mit den Menschewisten und den Sozialrevolutionären vor. Das Proletariat hat diese kleingläubigen Ratschläge nicht beachtet, es hat sich um Lenin geschart, hat unter der Führung der Kommunistischen Partei die Macht ergriffen.

Der nächste große Wendepunkt kam, und mit ihm die nächste Parteikrise. Die Partei mußte mit der Politik des Kriegskommunismus brechen und die Wirtschaft auf das Geleise der Neuen ökonomischen Politik schieben. Die erste Trotzkiistische Opposition in der proletarischen Diktatur erhob ihr Haupt. Sie hatte nicht begriffen, daß das Bündnis des Proletariats mit dem Bauerntum nicht mehr auf der alten militärischen Grundlage bestehen bleiben kann, daß es auf eine neue ökonomische Grundlage gestellt werden muß. Trotzki wollte die Gewerkschaften mit den ökonomischen Organen des Sowjetstaates verschmelzen. Mit anderen Worten: während das Land, vor allem die Bauernschaft, unter den Lasten des Bürgerkrieges seufzte und die Liquidierung des Kriegskommunismus verlangte, machte Trotzki den Vorschlag, „die Schraube des Kriegskommunismus fester anzuziehen“ und seine Methoden in die Gewerkschaften zu tragen. Er blieb seinem alten Fehler — der Unterschätzung der Bauernschaft — treu, verstand nicht die damalige Bedeutung und Lage des Bündnisses von Arbeitern und Bauern und empfahl der Partei einen neuen Kurs, der sie einer unausbleiblichen Katastrophe entgegentreiben mußte.

Auch eine andere Art der Opposition erschien auf dem Boden des Skeptizismus und der Kleingläubigkeit: die sogenannte „Arbeiteropposition“, mit deutlich ausgeprägter anarcho-syndikalistischer Richtung. Sie versuchte, die engsten Zunftinteressen des Proletariats zu vertreten, forderte eine „reine Arbeiterpolitik“, bekämpfte die Verwendung von Spezialisten, protestierte gegen die Zulassung des Privathandels und Privatkapitals. Die Phraseologie der Führer dieser Opposition, der Schljapnikow und Medwedjew war die denkbar „linkste“. Nur drei Jahre waren notwendig, und dieselben Schljapnikow und Medwedjew traten offen als Liquidatoren hervor, die die De-Nationalisierung der sozialistischen Industrie, die Vermehrung der kapitalistischen Konzessionen, das Zerschneiden des Blocks des Proletariats mit dem Bauerntum, die Einstellung der Angriffe gegen die Sozialdemokraten, die Liquidierung der Profintern, der Komintern usw. forderten.

Die Absatzkrise und die „Scherre“, die die Industrie im Jahre 1923 erlebt hat, riefen wiederum die Opposition, die Parteikrise hervor. Der Trotzkiismus erschien, und zwar nicht nur in einzelnen Fragen, sondern zu einem ganzen politischen System aufgebaut. Seine düsteren Prophezeiungen über den unvermeidlichen, unversöhnlichen Kampf zwischen Proletariat und Bauerntum, über den unvermeidlichen Untergang der Sowjetmacht „ohne direkte staatliche Unterstützung des westlichen Proletariats“ lebte wieder auf. Eine einseitige überbürokratische administrativ-organisierte Planmäßigkeit der Industrie wurde gefordert, die Herstellung der festen Valuta wurde bekämpft, die „Diktatur des Finanzkommissariats“ denunziert. Gleichzeitig versuchte der Trotzkiismus die Einheit und die Einheitlichkeit der Kommunistischen

Partei zu zerbrechen, er forderte die Freiheit der Fraktionsbildung, hetzte die studierte Jugend gegen die „alte Garde“, hetzte die Parteimassen gegen den „Apparat“ und das Zentralkomitee und sagte die „Entartung der Parteileitung“ voraus.

Wenige Jahre nach der Absatzkrise 1923/24 trat in Verbindung mit neuen Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur ein neuer wichtiger Wendepunkt in der Entwicklung der USSR ein.

Eine lange Reihe von Schwierigkeiten und Widersprüchen, manche von dauernder, manche von zeitweiliger Natur, taten sich vor der proletarischen Revolution auf, die vor der Aufgabe der Rekonstruktion der technischen Basis der sowjetistischen Wirtschaft stand. Der Aufbau einer neuen technischen Basis, der Aufbau des Sozialismus ist eine schwere Aufgabe, die das Proletariat nur mit unendlicher Mühe, die die Kommunistische Partei nur mit eisernem Willen und mit elastischem Manövrieren erfüllen kann, und es stellte sich heraus, daß die „neue Opposition“, unter der Führung der Genossen Sinowjew und Kamenew, die nur die Schwierigkeiten sahen, nur die Widersprüche betrachteten, ihren Glauben an die Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus verloren hat. Die neue Opposition proklamierte den Grundsatz, daß man den Sozialismus in einem Lande überhaupt nicht aufbauen kann. Sinowjew proklamierte die Neue ökonomische Politik als den „breitesten Rückzug“ und nur als Rückzug. Die neue Opposition verneinte die Elemente der ökonomischen Offensive der Umgruppierung der Kräfte, des Aufbaues des Sozialismus, die in der Auffassung Lenins die Neue ökonomische Politik charakterisierten. Einige von der neuen Opposition bezeichneten die Staatsbetriebe, von Lenin „Betriebe konsequent sozialistischen Typs“ genannt, als staatskapitalistische Betriebe. Mit düsterem Pessimismus erklärte die neue Opposition, daß das Bauerntum sich unbedingt in kapitalistischer Richtung entwickeln muß, sie wurde von einer hysterischen Panik vor der Kulakengefahr ergriffen, verlor die Aufgabe der Gewinnung des mittleren Bauerntums aus den Augen, vergaß alles, was Lenin über die Möglichkeit der direkten sozialistischen Neuerziehung des Bauerntums durch die Genossenschaften unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur und der wirtschaftlichen Führung durch die sozialistische Industrie lehrte. Die neue Opposition sah überall nur das Aufsprießen des Kapitalismus und unterschätzte die Elemente der Entwicklung des Sozialismus. Sie verkündete die Entartung des Sowjetstaates in unproletarischer Richtung und denunzierte die Kommunistische Partei der Sowjetunion, daß ihre Politik sich von den Interessen des Proletariats immer mehr entferne.

Dann kam der Block: Alle Gruppen und Grüppchen, alle Fraktionen und Ueberreste von Fraktionen, alle Ueberbleibsel von früheren Oppositionen, die Reste der „ältesten“ Opposition, der sog. „Arbeiteropposition“ mit einbegriffen (die vor Alter schon wie Leichname stinken), vereinigten sich. Alle Richtungen der linken Phrasen und der rechten Taten verbanden sich und erklärten den Krieg gegen die Leninistische Partei, gegen das ZK der Partei.

gegen die Politik der -Kommunistischen Internationale.

Wie ist es möglich, daß dieser Block der heterogenen Elemente, der Prinzipienlosigkeit zustande kommen konnte? Prinzipienlosigkeit allein kann diesen Block nicht erklären. Neben Prinzipienlosigkeit, neben Machtgelüsten einzelner Führer spielen viel tiefere ideologische Motive die Rolle des zusammenhaltenden Zements dieses Blockes der Parteifeindlichkeit und des Anti-Leninismus.

Trotz aller Verschiedenheiten, trotz aller Nuancen, trotz vieler Widersprüche in Fragen zweiter Ordnung, haben alle diese Richtungen und Gruppen der verschiedenen Bestandteile des Blockes doch eine gemeinsame Basis: diese gemeinsame Grundlage aber ist der Unglaube an den Aufbau des Sozialismus.

Was anders als der Unglaube an den Aufbau des Sozialismus in einem Lande steht hinter der Theorie der permanenten Revolution Trotzki's, die erklärt, daß ohne die direkte staatliche Hilfe des westeuropäischen Proletariats die russische Revolution sich nicht halten kann. Was ist es, wenn nicht die absolute Negierung der Grundbedingungen der Diktatur des Proletariats, wenn der Trotzismus den unvermeidlichen und unversöhnlichen Endkampf zwischen dem Bauerntum und dem Proletariat voraussagt. Was ist es, wenn nicht Unglaube an die Kräfte des Proletariats, wenn Sinowjew und Kamenew vor dem bewaffneten Aufstand zurückschrecken. Nur krankhafter Pessimismus kann das Wachstum der sozialistischen Elemente in der Wirtschaft der Sowjetunion nicht sehen. Nur die Furcht, daß das Proletariat nicht fähig sein wird, das Bauerntum hinter sich führen zu können, nur der Unglaube an die Möglichkeit, das Bauerntum zum Sozialismus leiten zu können, konnte die Kulakenpanik hervorrufen, nur der Verlust des Glaubens an die führende Rolle der Partei konnte das Geschrei über die „Entartung“ der Partei, über die „Diktatur innerhalb der Partei“, über die Notwendigkeit der Vertretung der kapitalistischen Interessen durch die Partei und sogar die Perspektive der Spaltung der Partei hervorbringen. Nur Leute, die den Glauben an die Revolution, den Glauben an die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus niemals hatten oder gänzlich verloren haben, konnten Theorien aufstellen, die einerseits den Sozialismus durch die Umwandlung des Bauerntums in die „Kolonie“, also in das Ausbeutungsobjekt des Proletariats durchführen wollen, andererseits aber den unbedingten Sturz oder die unbedingte Entartung der proletarischen Revolution voraussagen, wenn sie nicht durch die „staatliche Hilfe“ des westeuropäischen Proletariats in der letzten Minute noch „gerettet“ werde.

Furcht, Panik, Skepsis, Unglaube, Pessimismus aller alten und neuen Schattierungen der Opposition, — das sind die „revolutionären“ Errungenschaften der Theorie und der Praxis des anti-leninistischen Blocks.

Jeder Wendepunkt in der Geschichte der russischen Revolution hat seine Parteikrise mitgebracht, hat seine Opposition geschaffen. 1917 erhob sich die grundlegende Frage vor dem kommunistischen Proletariat: Können die Bolschewiki die Macht behalten? Die ganze internatio-

nale Bourgeoisie und der internationale Menschewismus verneinten diese Frage. Die Genossen Sinowjew und Kamenew befanden sich im Lager der Verneiner. Die Bolschewiki bejahten die Frage, sie haben die Macht ergriffen, und sie halten sie fest und unentreibbar. Jetzt im Jahre 1925/26 steht die andere Frage vor dem kommunistischen Proletariat der Sowjetunion: Ist es möglich, den Sozialismus in der Sowjetunion aufzubauen? Die internationale Bourgeoisie und der internationale Menschewismus beantworteten die Frage mit Nein. Und die Genossen Trotzki, Sinowjew und Kamenew befinden sich auch in dieser Frage im Lager der Verneiner. Im Oktober 1917 war die politische Seite der proletarischen Revolution, die Machtergreifung, im Vordergrund. Im Oktober 1926 steht die Technik, die ökonomische Seite der sozialistischen Revolution, der Aufbau der technischen Basis des Sozialismus, im Vordergrund. Die Partei, und an ihrer Spitze Lenin, zogen die „Lehren des Oktober“ von 1917 (die Trotzki'schen „Lehren des Oktober“ waren nur eine Karikatur des Leninismus), und die Geschichte und die Partei ziehen jetzt die „Lehren des Oktober“ von 1926. Und diese Lehren lauten: Die Macht konnte man ergreifen, die Macht konnten die Bolschewiki behalten, der Sozialismus wird aufgebaut, nicht nur die Möglichkeiten, sondern auch zahlreiche und wichtige Erfolge des sozialistischen Aufbaues sind schon gegeben.

Die Sache des sozialistischen Aufbaues marschiert! Die Wirtschaft der Sowjetunion erreicht schon jetzt die Höhe der Vorkriegszeit. Und aus welchen Niederungen mußte man diese Höhe erklimmen! Die industrielle Produktion, die 1920 nur 18 Prozent der Vorkriegszeit ausmachte, wuchs im Jahre 1926 bis zu 95 Prozent der Vorkriegszeit. Die landwirtschaftliche Produktion, die im Jahre 1921/22 bis auf 50 Prozent sank, erreichte im Jahre 1925/26 92,2 Prozent der Vorkriegszeit. Die Kommandohöhen der Wirtschaft: die Staatsindustrie, der Verkehr, die Banken, das Außenhandelsmonopol, die Genossenschaften, der nationalisierte Grund und Boden, befinden sich in den Händen des Proletariats, mit allen Machtmitteln des proletarischen Staates zusammen. Innerhalb der wachsenden Wirtschaft aber befinden sich die sozialistischen Elemente in rascherem Wachstum als die privatwirtschaftlichen Bestandteile. Das Privatkapital ist machtlos, seine Bedeutung sinkt stetig. Die industrielle Arbeiterklasse, das soziale Rückgrat der proletarischen Diktatur, die durch Bürgerkrieg und Verwüstung der Produktion dezimiert wurde, hat ihre Kaders wieder gesammelt. Und gleichzeitig befindet sich der Reallohn des Proletariats in ständigem Wachsen, und nachdem er 1920/21 bis auf 18,7 Prozent des Vorkriegsniveaus gesunken war, erreichte er 1925/26 wieder das Vorkriegsniveau.

Große Schwierigkeiten stehen noch immer vor dem Aufbau des Sozialismus. Die unmittelbarsten Schwierigkeiten des Frühjahrs und Sommers 1926 aber wurden durch die richtige leninistische Politik der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und ihres Zentralkomitees schon überwunden.

Es ist gelungen, die Schwankung der Valuta zum Stillstand zu bringen und den Tschernonetz zu festigen.

Auf Grundlage der Lehren der Getreidebeschaffungskampagne von 1925 wurde die Getreidebeschaffungskampagne von 1926 richtig organisiert und ergab gute Resultate.

Der Politik des ZK ist es gelungen, die Löhne wichtiger und breiter Schichten der Arbeiterklasse zu erhöhen. Nicht die Demagogie der Opposition, sondern frühere Schritte des Zentralkomitees haben diese wichtigen Maßnahmen zur Erhöhung des Lebensniveaus des Proletariats herbeigeführt.

Die Opposition schwatzte über die „Industrialisierung“, die Partei aber hat sie zustande gebracht. Nicht weniger als eine Milliarde wird dem industriellen Grundkapital als Kapital für den Aufbau der Industrie, in erster Reihe der Entwicklung der Schwerindustrie, der Produktion von Produktionsmitteln, zufließen (das Transportwesen mitgerechnet).

Die Schwierigkeiten sind noch da, die Frage der Arbeitslosigkeit ist nicht gelöst. Aber nur Menschewisten können nicht begreifen, daß die Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion einen grundsätzlich anderen Charakter trägt als im kapitalistischen Staat. In Deutschland, in England haben wir die neuen Erscheinungen der permanenten Arbeitslosigkeit durch Ausschaltung eines großen Teiles des alten industriellen Proletariats aus dem Produktionsprozeß. In der Sowjetunion aber vermehrt sich immer mehr die Zahl der industriellen Arbeiterschaft, und die Quelle der Arbeitslosigkeit ist nicht die Ausschaltung des Proletariats aus dem Produktionsprozeß, sondern die agrarische Bevölkerung des flachen Landes, deren Hineinströmen in die Industrie.

Der richtigen Politik der leninistischen Partei ist es gelungen, die aktuellsten und brennendsten Schwierigkeiten zu überwinden, das Proletariat und die Bauernschaft auf dem Wege des Sozialismus vorwärts zu führen — das ist die soziale Grundlage der katastrophalen Niederlage der Opposition. Die Opposition hat anfangs Oktober ihre Kräfte mit denen der Partei gemessen. Sie begann die Offensive auf der breitesten Front, rollte alle Fragen auf, sie warf alle ihre Redner und Führer in die Schlacht, mit dem Erfolg, daß sie in weniger als einer Woche in Grund und Boden geschlagen war. Niemals in der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hat eine Opposition eine so jämmerliche Niederlage erlitten. In Moskau haben von den 53 208 Parteimitgliedern, die vom 1. bis 8. Oktober an den Parteiversammlungen teilgenommen haben, alles in allem nur 171 für die Opposition gestimmt, bei 87 Stimmenthaltungen. In Leningrad haben von 34 180 Parteimitgliedern, die während dieser Zeit an den Parteiversammlungen teilnahmen, 325 für die Opposition gestimmt, während sich 126 der Stimme enthalten haben. Alle die anderen Zehntausende stimmten für die Politik des ZK. Und nicht nur in Leningrad und Moskau! Das ganze Land zeigte dasselbe Bild. In keiner einzigen lokalen Organisation, in keinem Gouvernement, in keinem Bezirk, in keinem einzigen industriellen Betrieb konnte die Opposition eine nennenswerte Stimmenzahl auf sich vereinigen.

Die leninistische Politik des ZK besiegte eine ganze Reihe von Schwierigkeiten, das ZK führt die Partei und das Proletariat auf dem Wege des Aufbaues des Sozialismus — daher wurde der Opposition der Boden entzogen, daher ihre vernichtende Niederlage bei den Arbeitermassen.

Diese ungeheure Niederlage der Opposition führte zu ihrer Kapitulation. Im Dokument der Kapitulation betont die Opposition eine Reihe ihrer schwerwiegendsten Fehler. Sie gesteht ihre Disziplinbrüche ein, die die Gefahr der Spaltung heraufbeschworen. Sie verspricht die Auflösung ihrer Fraktionen, sie grenzt sich ab von der liquidatorischen Gruppe der Schljapnikow-Medwedjew, von der anti-kommunistischen Gruppe der Korsch, Maslow-Ruth Fischer-Weber, sie löst sich los von dem offenen liquidatorischen Ossowski. Dieses Dokument der Kapitulation erklärt aber gleichzeitig, daß die Opposition als Block auch heute noch „auf dem Boden ihrer alten politischen Anschauungen“ steht. Mit dieser Erklärung will die Opposition den Eindruck hervorrufen, daß sie mit Ehren, sozusagen mit der Beibehaltung ihrer ideologischen Waffen, kapituliert. Dies aber entspricht nicht der Wahrheit. Sie konnte bei ihrer Kapitulation ihre ideologischen Waffen nicht behalten. Auch ideologisch mußte sie schon halbwegs kapitulieren. Im Juli-Plenum des ZK erklärte sie noch, daß die Kommunistische Internationale immer mehr eine „opportunistische“ Politik mache, die Sowjetunion nicht mehr ein proletarischer Staat sei und die Kommunistische Partei der Sowjetunion „entarte“. In dem Dokument ihrer Kapitulation mußte sie aber anerkennen, daß die Kommunistische Internationale die Kampforganisation des Weltproletariats, die Kommunistische Partei die Vorhut der Kommunistischen Internationale, und die Sowjetrepublik der erste Staat der Diktatur des Proletariats ist. Im Juli-Plenum des ZK proklamierte sie noch die „Freiheit der Fraktionen“ als einzige „Rettung“ der Partei, ohne die die Partei in „Lebensgefahr“ schwebe. In dem Dokument ihrer Kapitulation aber „lehnt sie kategorisch die Theorie und Praxis der Freiheit der Fraktionen und Gruppierungen ab“. Im Juli-Plenum des ZK hat sie noch die Behauptung aufgestellt, die Partei der Bolschewiki sei „verbürokratisiert“, werde hoffnungslos durch „den Apparat“ unterdrückt. Im Dokument ihrer Kapitulation aber sprach sie schon den frommen Wunsch aus, daß die Partei das, was sie von ihrer Anschauung für richtig hält, im Laufe ihrer weiteren Arbeit übernehmen werde.

Es ist eine große Genugtuung und ein großer Sieg für die Leninistische Partei. Die Genossen, die vor den Schwierigkeiten kapituliert haben, wurden durch die richtige Politik, die eiserne Disziplin und die unerschütterliche proletarische Masse der Partei gezwungen, vor der Partei zu kapitulieren. Diese Kapitulation ist noch nicht vollständig, und deshalb stellt das ZK mit Recht die Notwendigkeit der Fortsetzung der ideologischen Bekämpfung der grundsätzlichen Fehler der Opposition auf.

Die Niederlage und Kapitulation des oppositionellen Blocks in der russischen Partei wird auch rasch zur Niederlage der sogenannten ultralinken Opposition, die eigentlich verkappte rechte Tendenzen verkörpert, in der Kommunistischen Internationale führen. Die Kommunistische Internationale kann ebensowenig das fraktionelle Unwesen in der KP der SU wie das ultralinke Liquidatorentum in allen anderen Sektionen dulden.

Die Kapitulation der Opposition hat schnell den Jubel der Bourgeoisie und ihres internationalen Menschewismus in einen Katzenjammer verwand-

delt. Die Diktatur des Proletariats steht fester denn je. Die Kommunistische Partei steht stählern und felsenfest auf den Positionen des Leninismus. Der Aufbau des Sozialismus geht vorwärts. Der Sozialismus in der Sowjetunion überflügelt das Wachstum des niedergehenden Kapitalismus Europas. Die Zeit nähert sich, wo das Proletariat imstande sein wird, um mit den Worten Lenins zu reden, von dem „verarmten Bauernroß“ auf das „Roß der großen Maschinenindustrie, der Elektrifizierung“ zu steigen. Im Mittelpunkt der Arbeit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion steht heute das Programm der Industrialisierung. Lenin nannte einmal das Elektrifizierungsprogramm „das zweite Parteiprogramm“ der Bolschewiki. Dasselbe trifft zu auf die Industrialisierung. Die Partei der Bolschewiki geht an die Verwirklichung dieses zweiten Parteiprogramms, nachdem sie ihr erstes, die Ergreifung der politischen Macht und die Eroberung der wirtschaftlichen Machtpositionen durch das Proletariat durchgeführt hat.

TAN PING-SCHAN:

DIE ERFOLGE DER KANTON-ARMEE UND DIE PERSPEKTIVEN DER CHINESISCHEN REVOLUTION

Infolge der zweifachen Unterdrückung einerseits durch die imperialistischen Mächte und andererseits durch die Militärmachthaber in China sind fortwährend anti-imperialistische und anti-militaristische Bewegungen besonders unter den Arbeiter- und Bauernmassen zu verzeichnen. Im vorigen Jahr erlebten wir die Schanghaier Ereignisse, die verschiedenen Massenstreiks in Hongkong, Kanton usw. Selbst die mittleren und kleinen Kaufleute sowie die Intelligenz beteiligten sich lebhaft an diesen anti-imperialistischen Bewegungen, und unter diesem Massendruck nahm die Demoralisierung und Differenzierung innerhalb der militaristischen Truppen zu, was ein wichtiges Moment für die Siege der nationalen revolutionären Armee von Kanton in Zentral-China ist.

Das kolossale Wachsen des Einflusses der Revolution auf die Bevölkerung

Die schnelle Entwicklung der chinesischen Revolution stützt sich nicht nur auf die militärische Macht, sondern hauptsächlich auf die organisierte Kraft der bewußten Massen. In den zwei vergangenen Jahren haben wir bei jeder anti-imperialistischen Bewegung und bei der Vereinheitlichung der Kwantung-Provinz eine Massenbeteiligung seitens der Arbeiter und Bauern erlebt. Die Arbeiter und Bauern haben in jedem Kampfe ihre Organisation erweitert und befestigt. Nach Angaben des General-Gewerkschaftsbundes von China waren am 1. Mai vorigen Jahres 600 000 Arbeiter organisiert und

am 1. Mai dieses Jahres waren bereits auf dem 3. Gewerkschaftskongreß 1 600 000 organisierte Arbeiter vertreten. Im vorigen Jahre betrug die Zahl der in Kwantung organisierten Bauern 200 000, während in diesem Jahre auf dem Bauernkongreß über 1 200 000, und zwar die Bauerndelegierten aus den meisten Provinzen vertreten waren. Unter dem Einfluß der Erfolge der Kantoner Truppen sind die Arbeiter- und Bauernorganisationen bedeutend gewachsen. Es ist klar, daß in dem von den Kanton-Truppen besetzten Territorium die Werktätigen entsprechende politische Freiheiten bekamen, um ihre eigene Organisation wie überhaupt die revolutionäre Macht zu stärken. Beispielsweise ist die Zahl der organisierten Bauern in Hunan von 50 000 auf mehr als 200 000 gestiegen. Die unter Wu Pei-fus Macht verboten gewesenen Gewerkschaften in Hankau beginnen wieder ihre Tätigkeit. Wir müssen verstehen, daß sich die chinesische Revolution nur durch die Unterstützung der werktätigen Massen befestigen und entwickeln kann. Die Erfolge der revolutionären Truppen rütteln zwar in dem von ihnen besetzten Gebiet die Massen auf, die Massen ihrerseits aber treiben durch diese Aufrüttelung die Revolution vorwärts. Die Stärkung der Volksmacht in diesem Kreise beschleunigt einerseits den Zerfall der militärischen Machthaber und andererseits gefährdet sie die Privilegien der Imperialisten in China. Diese Tatsache ist ein mächtiger Schutz der Erfolge der chinesischen Revolution. Dieser Prozeß wird durch den Leninismus vollkommen bestätigt. In bezug auf die nationale Frage hat Lenin noch besonders folgende Momente betont:

1. Der anti-imperialistische Kampf der Kolonien und aller unterdrückten Staaten ist der einzige Ausweg zur Befreiung von der Unterdrückung.

2. Die wichtigsten Kolonien und abhängigen Staaten befinden sich jetzt bereits auf dem Wege zu ihrer nationalen Befreiung. Das flößt dem Weltkapitalismus unvermeidlich die größte Angst ein.

3. Die proletarische Bewegung in den fortgeschrittenen Ländern und die nationale Befreiungsbewegung in den Kolonien müssen sich zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind — den Imperialismus — vereinigen.

Die Perspektiven der revolutionären Einheit Chinas

Da sich die revolutionären Kräfte mit jedem Tage mehr konzentrieren und erweitern und die feindlichen Kräfte immer mehr zerfallen und zugrunde gehen, ist es ohne weiteres klar, daß eine revolutionäre Einheit in China verwirklicht werden kann. Auf dieser Tatsache fußend, wollen wir den Prozeß der Entwicklung der chinesischen Revolution bis zu ihrer Vereinheitlichung in Betracht ziehen.

a) Seit 1911 stieß die Revolution auf eine Reihe ernster Hindernisse. Im Zusammenhang damit verloren die Massen den Glauben an ihre Kraft und begannen anzunehmen, daß die Macht der Imperialisten eine unantastbare sei. Aus diesem Grunde flaute die revolutionäre Bewegung nach 1911 ab. Da die Erfolge der Kantoner Truppen wirklich die Herrschaft der Imperialisten aus China beseitigen können und dadurch den Massen die Augen öffnen und ihnen Selbstvertrauen und revolutionären Mut einflößen, ist der Beweis erbracht, daß die nationale Unabhängigkeit nichts Unmögliches ist.

b) Der militärische Erfolg hat die werktätigen Massen in den besetzten Gebieten von den Militärmachthabern befreit. Die Kanton-Truppen haben bis jetzt bereits Wuchan (Wutschang, Hankau und Hanyan) besetzt, das der Verkehrsknotenpunkt des Reiches ist. In diesen Städten befinden sich auch große Fabriken und Werke, weshalb sich die Arbeiterorganisation schnell entwickeln und die Hauptkraft des nationalen Kampfes unvermeidlich vermehren wird.

c) China ist ein Agrarland. Ueber 80 Prozent der Einwohner sind Bauern. Für die Vereinheitlichung der Kwantung-Provinz haben die dortigen Bauern die größte Arbeit geleistet. Nachdem Hunan von den Kanton-Truppen besetzt wurde, haben sich dort die Bauernorganisationen bedeutend vergrößert und befestigt. Auch die Bauern in Hupe und Kjangsi haben große Fortschritte gemacht. Die Organisation des Bauernbundes verbreitet sich allmählich über das ganze Land. In nächster Zukunft wird ein Generalbauernbund Chinas gebildet werden. Die von den Bauern zu tragenden Lasten, insbesondere die Kriegslasten, erfahren durch die Verbreiterung des revolutionären Territoriums eine Verminderung. Die Klein- und Mittelkaufleute in Hankau haben sich während des Eindringens der Kantoner Truppen begeistert an der Massenbewegung beteiligt.

Während der revolutionären Entwicklung ist unter der chinesischen Großbourgeoisie eine Differenzierung zu verzeichnen. Ein Teil der führenden Persönlichkeiten der Handelskammer in Schanghai ist gegen Sun Tschuan-fang eingestellt und solidarisiert sich mit den Kantoner Truppen.

Die Vereinheitlichung der Massenkräfte wird zweifellos die revolutionäre Einheit fördern.

Die Stellung der englischen (und anderen) Presse zu diesen Ereignissen

Die Bürgerkriege unter den chinesischen Militaristen in den letzten Jahren sind ausnahmslos von den Imperialisten zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft in China verursacht worden. Die Ausbeutung und Unterdrückung der Kolonial- und aller abhängigen Länder durch das Finanzkapital sind eine der Lebensquellen des Imperialismus, um seine Herrschaft behaupten zu können. Die Imperialisten versuchen die chinesischen Reaktionäre und Militaristen aktiv zu unterstützen, um dadurch die chinesische Revolution zu unterdrücken. Die Stellungnahme der Imperialisten zu den chinesischen Ereignissen muß unbedingt von uns in Betracht gezogen werden. Infolge der Interessengegensätze der imperialistischen Mächte in China sind sie schon nicht mehr in der Lage, eine einheitliche Aktion durchzuführen.

a) Für England kommt in erster Linie die militärische Intervention in Frage. Als die Kantoner Truppen vor Jouchow standen, ließ England durch seine Kreuzer den Vormarsch gegen Wuhan verhindern. Nachdem eine Reihe erfolgloser Verhandlungen Englands mit Japan und Amerika stattfanden, wollte es seinen Interventionsplan immer noch nicht aufgeben. Die „Londoner Times“ vom 13. Oktober schreiben in einem Artikel:

„Die Kantoner Truppen haben bereits das Jangtse-Tal besetzt. Der Sieg der Kantoner Truppen beruht nicht auf einigen Offizieren, sondern auf einer Partei; er wurde nicht nur militärisch, sondern vor allem durch Disziplin und Propaganda erreicht. Die Kantoner Truppen gehen unter der Losung des anti-britischen Imperialismus vorwärts. Die Politik der britischen Regierung muß eine vorsichtige sein; sie

muß die Kompliziertheit ihrer Lage klar vor Augen haben, um die bereits in Gefahr geratenen Privilegien mit kolossaler Energie zu schützen.“

Es ist wahr, daß der Sieg der revolutionären Truppen einestheils der Disziplin der Truppen zu verdanken ist, hauptsächlich aber wurde er durch die anti-imperialistische Stimmung der Massen erreicht. Nur der unversöhnlichste Kampf gegen den Imperialismus und Militarismus ist der einzige Weg des chinesischen Volkes zu seiner Befreiung. Mit der „kolossalen Energie“ meint diese konservative Zeitung nichts anderes als die Anwendung der Waffengewalt, eine militärische Intervention. Aber weil das Interesse Englands in China mit dem des amerikanischen und japanischen Imperialismus unvereinbar ist und das Proletariat im eigenen Lande gegen die Regierung auftritt, während die Unruhen und Gärungen in den Kolonien fortdauern, wird England seinen Vorschlag zurückziehen.

b) **A m e r i k a.** Die Unterdrückungsmethoden der Vereinigten Staaten sind viel raffinierter als die Englands und Japans. Sie benützen nicht die feudalen Machthaber, sondern die chinesische Bourgeoisie als Werkzeug. Als die Kantoner Truppen in Hankau eintrafen, fand die amerikanische Presse für sie eine Menge „süßer Worte“. Die „New Yorker Times“ schrieben neulich:

„Wenn die Kantoner Truppen die Ordnung in ihrem besetzten Gebiet wieder herstellen können, kann es nur nützlich für China sein. Eine Befürchtung der Einnahme Schanghais durch die Kantoner Truppen kann nur von englischer Seite kommen. Wenn aber die führenden Vertrauensleute von Chang-Kai-She die ungleichen Verträge annullieren wollen, sollte das auf friedlichem Wege allmählich durchgeführt werden.“

Das verrät vollkommen die Stellungnahme des amerikanischen Imperialismus gegenüber den chinesischen Ereignissen. Der amerikanische Imperialismus ist daran interessiert, daß die nationale Freiheitsbewegung zum Siege der Bourgeoisie führt.

c) **J a p a n.** Die Stellungnahme Japans gegenüber den Erfolgen der Kantoner Truppen ist bis jetzt noch eine zweideutige. Einerseits fürchtet es die revolutionäre Einheit Chinas, die seiner Machtstellung in China gefährlich werden kann, aber andererseits will es wegen der Interessengegensätze zwischen ihm und England letzteres nicht unterstützen und die ins Schwanken geratende englische Herrschaft in China nicht wieder festigen.

Es ist eine offensichtliche Tatsache, daß die imperialistischen Mächte der Entwicklung der chinesischen Revolution gegenüber keiner einheitlichen Meinung sind. Das beweist einerseits den Zerfall innerhalb der Imperialisten und Militaristen und andererseits schafft es für die chinesische revolutionäre Einheit ein günstiges Moment. Werden die Imperialisten ihre Privilegien in China im Stich lassen? Unmöglich! Sie werden vielleicht ihre Unterdrückungsmethoden gezwungenerweise ändern. Sie werden vielleicht ihre Hilfe auf Tschang Tso-lin konzentrieren, um Sowjetrußland zu provozieren. Die jüngsten Provokationen Tschang Tso-lins bezüglich der ost-chinesischen Bahn beweisen, daß die Imperialisten, vor allem die englischen, dadurch ihre Niederlage in China kompensieren wollen.

**Auswirkung dieser Ereignisse in Indonesien,
Indien, Korea und den anderen Ländern**

Die Entwicklung der Ereignisse in China wird nicht nur die revolutionäre Einheit Chinas beschleunigen, sondern auch die Entwicklung bei den ost-

asiatischen unterdrückten Völkern beeinflussen und in ihnen den Selbstständigkeitsgedanken stärken. Wir erinnern an einen Artikel Lenins „Das erwachende Asien“, in dem er schreibt:

„Ist China nicht bekannt als die Verkörperung eines seit Jahrhunderten schlafenden Landes? Aber das politische Leben in China siedet bereits. Die soziale Bewegung und die Demokratie entwickeln sich wie die Wogen eines großen Meeres. Nach der russischen Revolution von 1905 verbreitete sich die demokratische Revolution schnell über ganz Asien: in der Türkei, in Persien, in China usw. Sogar in Britisch-Indien wächst diese Neigung mit jedem Tag.“ (Lenin, „Prawda“ vom 7. Mai 1913.)

Aehnlich wie die russische revolutionäre Bewegung von 1905 internationale Wirkungen hatte, hat sich die gegenwärtige chinesische revolutionäre Bewegung auch auf alle anderen Kolonialländer ausgewirkt. So hat sich in der letzten Hälfte des August 1926 in Indonesien eine Einheitsorganisation gebildet, die den Zusammenschluß aller Nationalitäten und Rassen zum Kampfe gegen die Unterdrückung zum Ziele hat. Die Erfolge der Kantoner Truppen haben auf die indonesische nationale Befreiungsbewegung zweifellos einen großen Einfluß gehabt, wie das auch von den Indonesiern selbst anerkannt wird.

Wir wissen, daß gerade jetzt die holländische Kolonialregierung eine starke Kommunistenhetze betreibt. Aber je schärfer die Verfolgungen anhalten, um so mehr wächst die Sympathie aller Angestellten und Intellektuellen für die proletarische Partei, mit der sie in einer Front gegen den Imperialismus arbeiten. Auch hier haben die Kantoner Erfolge viel beigetragen, wie sie auch ihre Auswirkungen in Indien und Korea haben werden, weil ja diese Länder dasselbe Schicksal mit China teilen.

Die Aufgaben in China

Unsere Aufgaben in China wachsen unausbleiblich mit der Erweiterung und Festigung der Arbeiter- und Bauernorganisationen durch die Entwicklung der Revolution. Wir wissen, daß sich die Arbeiter und Bauern in den letzten drei Jahren an jeder revolutionären Bewegung beteiligt haben, und zwar unter der Leitung der Kommunistischen Partei Chinas. Wir wissen, daß die Imperialisten ihre Privilegien nicht freiwillig abtreten werden, daß die chinesischen Militaristen noch nicht gestürzt sind, daß die kompromißlerische chinesische Bourgeoisie mit den Imperialisten weiter paktiert, um die Revolution zu vernichten und die Arbeiter- und Bauernmassen zu unterjochen. Darum sind unsere wichtigsten Aufgaben:

- a) Erweiterung und Befestigung der Arbeiter- und Bauernorganisationen, die nur durch eine einheitliche und straffe Organisation des Proletariats, durch seine Rolle als Führer der Revolution beibehalten werden und die Revolution bis zu ihrem logischen Ende konsequent durchführen können.
- b) Einbeziehung der Klein- und Mittelbourgeoisie zur aktiven Beteiligung an der nationalen Befreiungsbewegung und Zerschlagung ihres Glaubens an die kompromißlerische Bourgeoisie.
- c) Befestigung und Erweiterung der Einheitsfront zum letzten entscheidenden Kampfe gegen den Imperialismus und Militarismus.
- d) Erweiterung und Befestigung der Organisation des linken Flügels der Kuomintang als Zentrum der Einheitsfront aller Klassen.

e) Heranziehung der Massen zur Beteiligung an der Macht, um die Basis der feudalen militaristischen Politik zu zerstören und die Selbstbetätigung herbeizuführen. Nur das sichert den Sieg der chinesischen Revolution.

f) Förderung der Bewegung für die Nationalversammlung und für Annullierung der ungleichen Verträge und ihre baldige Verwirklichung.

g) Aufstellung eines klaren Agrarprogramms.

Dieses sind die wichtigsten Aufgaben zur Befestigung des Sieges der Revolution und der revolutionären Regierung.

Die Aufgaben des westeuropäischen Proletariats

Wir wissen, daß die chinesische Revolution ein Teil der Weltrevolution ist und daß die nationale Befreiungsbewegung Chinas ein Teil der proletarischen Bewegung der Welt ist. Den Ausgangspunkt des Leninismus über die Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker bildet die Auffassung, daß:

1. der Sieg des Proletariats in den fortgeschrittenen Ländern ohne den Sieg der Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus keine Sicherheit bietet;

2. die vereinigte revolutionäre Front ohne die aktive Unterstützung des Proletariats der fortgeschrittenen Länder gegen den Imperialismus im eigenen Lande unmöglich ist.

Genosse Lenin sagte auch auf dem 3. Weltkongreß: Es ist unbestreitbar, daß das Proletariat der fortgeschrittenen Länder den Werktätigen der rückständigen Länder helfen muß. Wir wissen, daß die Herrschaft der Imperialisten in China durch den Sieg der Revolution zerstört wird. Sie werden auf Leben und Tod dagegen kämpfen, d. h., um mit den Londoner „Times“ zu sprechen, mit „kolossaler Energie“. Sie werden mit allen Mitteln die chinesische Revolution zu unterdrücken versuchen. Genosse Lenin sagte in seinem Artikel „Rückständiges Europa und fortschreitendes Asien“ u. a. folgendes: Im zivilisierten fortgeschrittenen Europa gibt es eine sehr entwickelte Technik, eine sehr reiche und allseitige Zivilisation und Verfassungen. Aber jetzt befinden wir uns in einer historischen Periode, wo die Bourgeoisie aus Angst vor dem Anwachsen und der Befestigung der Arbeiterklasse alle rückständigen, sterbenden Ueberbleibsel des Mittelalters aufrecht erhält. Die ängstliche Bourgeoisie vereinigte sich mit allen rückständigen Kräften, um die rebellierenden Lohnsklaven gefügig zu machen.

Die Imperialisten werden den Erfolgen der chinesischen Revolution nicht tatenlos zusehen. Der Kampf gegen die militärische Intervention in China seitens des Imperialismus bedeutet faktisch eine Abwehr des Proletariats gegen die Kriegsgefahr. Andererseits wurde auf dem letzten Trade-Unions-Kongreß eine Resolution ausschließlich unter dem Druck der Massen angenommen, die sich gegen die Aktion der englischen Regierung in China richtet. Hier, wie überall, versuchten die Reformisten die Annahme der Resolution durch passive Reden und Phrasen zu vereiteln, wie sie auch beispielsweise den englischen Generalstreik verraten haben.*

* Auf dem letzten Kongreß der KP Britanniens wurde auf Vorschlag des Sekretärs der Partei, MacManus, eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß die britischen Arbeiter alle Mittel anwenden werden, um ihre Regierung zu zwingen, sämtliche militärischen Kräfte (Flotte usw.) aus China zurückzuziehen.

Aber zu gleicher Zeit haben wir die Erfahrung, daß, wenn der Erfolg der chinesischen Revolution behauptet werden kann, dadurch die Macht des Imperialismus unvermeidlich geschwächt wird. Das ist eine Vorbedingung des Sieges der Arbeiterklasse der Welt. Darum steht vor dem westeuropäischen Proletariat während der chinesischen Revolution die wichtige Aufgabe der sofortigen wuchtigen Entfaltung der Bewegung gegen die Intervention in China! Das ist das Bollwerk der Arbeiterklasse gegenüber der Gefahr eines Weltkrieges.,

H. P. RATHBONE: HAT MARGATE AUF SCARBOROUGH GEANTWORTET?

Die 26. Jahreskonferenz der Britischen Arbeiterpartei wurde am 11. Oktober in Margate eröffnet, eine Woche nach der Jahreskonferenz der Konservativen Partei in Scarborough.

Der „Daily Herald“ vom 11. Oktober, dem Tage der Eröffnung der Konferenz der Arbeiterpartei, verkündete, daß Margate auf Scarborough antworten würde. Was soll dies in seiner vollständigeren Bedeutung besagen? Scarborough hatte die Entschlossenheit der Konservativen und der Bourgeoisie als ein Ganzes aufgezeigt, von ihrem Siege im Generalstreik weiterzugehen zu einem weiteren Generalangriff gegen die Gewerkschaften selbst, d. h. gegen die gesamte Arbeiterklasse. Im besonderen und als Vorgefecht dieses Angriffes wurde es ganz klar gemacht, daß zuerst die Bergarbeiter geschlagen werden müssen. Die „Times“ sagten am 7. Oktober in einem Artikel über die Parteikonferenz von Scarborough, daß Baldwin gehofft hatte, „daß der Kampf im Bergbau rechtzeitig vorbei sein würde, um ihm die Möglichkeit zu geben, den Zusammenbruch des Generalstreiks und die künftige Stellung der Gewerkschaften in erschöpfender Weise zu behandeln... Aber... Er wolle nicht genau auf die Einzelheiten eingehen, solange der Kampf noch fort dauert“. Es war also die Pflicht von Margate, diese Herausforderung aufzunehmen und nicht nur den Sieg der Bergarbeiter, sondern auch die Antwort auf den Angriff gegen die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterklasse zu organisieren, eine Aufgabe, die durch den Sieg der Bergarbeiter nur noch mehr erleichtert worden wäre.

In Wirklichkeit aber waren diese tapferen Worte des „Daily Herald“ bloß leere Redensarten, denn die Bourgeoisie hatte ihren Sieg im Generalstreik ja dank dem bewußten Verrate des rechten Flügels und des sogenannten „linken“ Flügels erzielt, die die bestehende Führung der Arbeiterbewegung umfaßten. Diese gleiche Führung befand sich noch im Sattel, und es war daher eine bloße Heuchelei ihres Organs, zu behaupten, daß im Oktober diese Führung gerade das Gegenteil dessen tun würde, was sie im Mai getan hatte.

Wie ging nun diese Führung auf der Konferenz von Margate vor, und wie groß war der Widerstand, auf den sie dort stieß?

Seit dem letzten Parteitage war die Arbeiterpartei weiter angewachsen. Es sind ihr jetzt 106 Gewerkschaften mit 3 337 635 Mitgliedern, acht sozialistische Vereinigungen mit 36 235 Mitgliedern und 3314 Ortsgruppen der Arbeiterpartei und Gewerkschaftskartelle angeschlossen. Die Anzahl dieser Ortsgruppen ist in diesem Jahre um 284 größer als im letzten Jahre. Das Anwachsen dieser Zahlen ist von einem Anwachsen der gesamten Einzelmitgliedschaft dieser Organisationen begleitet, ein Anwachsen, das gemäß dem Jahresberichte ein „ständiger Zug“ der Entwicklung der Partei während der letzten zwei Jahre gewesen ist.

Im letzten Jahre hatten die Beamten der Arbeiterpartei sehr viel zu tun, um die Beschlüsse des Parteitages von Liverpool in bezug auf den Ausschluß unserer Mitglieder durchzuführen. Trotz der Kampagne, die unsere Partei gegen diese Ausschlußpolitik geführt hat, muß zugegeben werden, daß die Bürokratie ein gewisses Ausmaß von Erfolgen erzielt hat. Ihre Politik war darauf gerichtet, jene Ortsgruppen auszuschließen, die sich weigerten, die Beschlüsse von Liverpool durchzuführen. Aber diese Politik wurde nicht vollständig durchgeführt. Erst nachdem durch Ueberredungs-, Einschüchterungs- und Bemogelungsversuche nichts erreicht worden war, gingen sie zum stückweisen Angriffe auf die Ortsgruppen über, eine Methode, die geschickt darauf berechnet war, eine erfolgreiche Gegenagitation unserer Partei schwieriger zu gestalten. Bis zum Parteitage waren auf diese Weise 13 örtliche Organisationen ausgeschlossen worden, obgleich sich viele andere Ortsgruppen gleichfalls noch immer weigern, die Beschlüsse durchzuführen. Nun handelte es sich um die Frage, wie mit diesen anderen Ortsgruppen vorzugehen wäre. Ein Gesamtausschluß war zu gefährlich, aber angesichts der wohlbekanntens Tatsache, daß viele von ihnen zum nächsten Parteitage Kommunisten als Delegierte wählen würden, mußten eine Anzahl Schritte unternommen werden, um dies zu verhindern. Man beschloß daher, die Resolution über den Ausschluß als ein bloßes Verbot der Wahl von Delegierten, die Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, auszudeuten, auch wenn sie Delegierte der gewerkschaftlichen Ortsgruppe zum Gewerkschaftsrat oder zur Ortsgruppe der Arbeiterpartei sein mochten. Aber trotz dieser Vorschrift wählten Ortsgruppen der Arbeiterpartei acht Mitglieder der Kommunistischen Partei zu Delegierten für den Reichsparteitag. Die Bürokraten beraubten die Ortsgruppen, die durch diese acht Mitglieder vertreten waren, des Wahlrechtes, indem sie den Delegierten untersagten, am Parteitage teilzunehmen. Diese offene Spaltungstaktik stellte die erste „Antwort“ des rechten Flügels auf Scarborough dar.

Die zweite „Antwort“ war die Rede Robert Williams', des Vorsitzenden des Parteitages. Nachdem er zunächst gesagt hatte, daß seit dem Juli 1925 „die Unvermeidlichkeit eines großen Gewerkschaftskampfes in der Luft schwebte“, beschrieb er die Vorbereitungen der Bourgeoisie. Aber „die Arbeiterpartei“, sagte er, „war jene Partei, die militärische Bereitschaft am meisten verurteilte. Sie war nicht der Ansicht, daß der internationale oder der industrielle Frieden durch Kriegsrüstungen gesichert werden könne“. Dies ist ein unverschämtes Eingeständnis dessen, daß der rechte Flügel von allem Anfange an begriffen hatte, daß es zu einem Generalstreik kommen würde. Zweitens beweist dies, daß der Parteivorstand absichtlich Vorbereitungen für diesen Streik unterließ, um ihn zu brechen. Zu einer

logischen Schlußfolgerung geführt, bedeutet dies, daß die einzige Aufgabe der Gewerkschaften darin zu bestehen habe, ihren Führern gute Stellen zu verschaffen und den Unternehmern das Recht zu sichern, Unorganisierte aufzunehmen. Es ist daher nicht überraschend, daß Williams sofort die Gelegenheit wahrnahm, den Gedanken des Generalstreiks zurückzuweisen, indem er sagte, daß das für den Streik verwendete Geld besser dafür verwendet worden wäre, die Verbreitung der Pläne der Arbeiterpartei in bezug auf Nationalisierung usw. des Bergbaues, die der Kohlenkommission vorgelegt worden waren, zu sichern.

Die zweite Sache, für die Williams eintrat, war der Frieden in der Industrie, womit wieder bewiesen wurde, daß der Pazifismus im Kriege logischerweise zum Sozialpazifismus geführt hat. „Wenn der Friede,“ sagte er, „international angestrebt werden soll, so sage ich, laßt uns Frieden in der Industrie durch Methoden der Versöhnung suchen.“

Seine Antwort auf die Kritik Tomskis war in einen ähnlichen Konfusionismus gebettet. Gerade so wie die britische Arbeiterbewegung gegen die „militärische und wirtschaftliche Intervention“ in Rußland mit dem Rufe „Hände weg von Rußland!“ aufgetreten sei, ebenso würde die britische Arbeiterbewegung gegen die „politische und gewerkschaftliche Intervention“ in Großbritannien mit dem Rufe „Hände weg von der britischen Arbeiterbewegung!“ auftreten.

Schließlich beendete er seine Rede mit einem schamlosen und böswilligen Angriff auf die Bergarbeiter. Den Beschluß der Bergarbeiter, den Kampf fortzusetzen, beschrieb er als „heldenhaft“, und doch wären sie dem blinden Simson gleich und würden gleich ihm das Gebäude der „britischen Zivilisation“ über ihren Kopf zusammenstürzen lassen. Er stellte die Frage: Wenn ein Verbot der Förderung und Beförderung von Kohle im Jahre 1921 unwirksam war, welche Hoffnungen könnten dann im Jahre 1926 auf einen Erfolg gesetzt werden? Der Verräter vom Schwarzen Freitag des Jahres 1921 verweist auf seinen Verrat als auf einen Beweis dafür, daß dieser Verrat im Jahre 1926 wiederholt werden wird. Dies war die zweite „Antwort“ auf Scarborough: Streikbruch, sozialer Frieden und offener Verrat.

Hier griff jedoch die linke Opposition ein, die durch Harry Pollitt eine Diskussion über die Krise im Bergbau forderte, die vor allen anderen Diskussionen stattfinden sollte, angesichts „des unverschämten Angriffes, den der Vorsitzende gegen die von den Bergarbeitern beschlossene Politik unternommen hatte“. Der Vorsitzende weigerte sich jedoch, den Antrag aufzunehmen, und die Delegierten des Parteitages übten keinen Druck zugunsten dieses Antrages aus.

Die nächste wichtigste Angelegenheit war die Frage des Ausschlusses von Ortsgruppen der Arbeiterpartei. Trotz der organisierten Opposition, die zum ersten Male auf einem Parteitage der Arbeiterpartei zu verspüren war, wurde diese Politik mit 3 414 000 gegen 209 000 Stimmen gebilligt. Harry Pollitt warnte in seiner Rede den linken Flügel, daß die Angriffe gegen die Forderung der Unabhängigen Arbeiterpartei nach einer Politik menschenwürdiger Löhne bedeuten, daß sie als nächste an die Reihe kommen würden. Darauf antwortete Herbert Morrison von der Ortsgruppe London der Arbeiterpartei im Namen des Reichsparteivorstandes, daß „andere“, die außerhalb der Partei stünden, zusammen mit Parteimitgliedern ausgeschlossen worden

wären, wenn die Arbeiterpartei eine so disziplinierte Partei wäre wie die Kommunistische Partei. In der Tat aber ist der Ausschluß dieser Ortsgruppen der Arbeiterpartei an sich ein Angriff auf den linken Flügel, denn die Kommunistische Partei war nur mit Hilfe der linken Opposition innerhalb dieser Ortsgruppen imstande, es durchzusetzen, daß sie sich nicht an die Beschlüsse von Liverpool hielten. Die Abstimmung zeigte, daß die Bergarbeiter selbst in dieser Frage mit dem rechten Flügel gingen. Tatsächlich stimmten sie mit ihm einheitlich in allen Fragen, die die Kommunistische Partei betrafen. Dies war die dritte „Antwort“ auf Scarborough: die Spaltung der Arbeiterbewegung durch den rechten Flügel.

Die vierte „Antwort“, und zugleich die verheerendste und krasseste, war das Ergebnis der Debatte über die Bergarbeiter. Die Resolution des Parteivorstandes begnügte sich damit, den „großartigen“ Widerstand der Bergarbeiter einfach „anzuerkennen“ und zu behaupten, daß die einzige gründliche Lösung in der in der Kohlenkommission vorgeschlagenen Nationalisierung der Bergwerke — wohl verstanden ohne Enteignung — gelegen sei. Kein einziges Wort über das Verbot der Förderung und Beförderung von Kohle, kein einziges Wort über die Lohnabgabe zugunsten der Bergarbeiter. In der Diskussion stellte es sich heraus, daß sich die Bergarbeiterdelegierten bemüht hatten, Änderungen der Resolution durchzusetzen, daß es ihnen aber nicht gelungen war, den Parteivorstand umzustimmen. Die organisierte Opposition wandte sich heftig gegen diese Resolution, und bezeichnenderweise schlossen sich Kirkwood und die Unabhängige Arbeiterpartei dieser Kritik an. Aber durch Machinationen des Parteitagspräsidiums wurde eine Abstimmung abgelehnt, nachdem viele Linke gesprochen hatten, und J. H. Thomas wurde zum Sprechen aufgefordert. Er sagte sofort, daß eine Lohnabgabe wegen der schlechten Finanzlage seiner Gewerkschaft unmöglich sei. Er sagte, daß 45 000 arbeitslos und 200 000 Kurzarbeiter seien, und daß es in den anderen Gewerkschaften ebenso bestellt sei. Aber er erwähnte nicht, daß eine Million Bergarbeiter fast fünf Monate im Streik gestanden hat und vorm Verhungern steht. Auch das Verbot der Förderung und Beförderung von Kohle sei unmöglich, weil die Bergarbeiterinternationale einen solchen Beschluß nicht gefaßt habe und die Bergarbeiter selbst an der Förderung teilnehmen. Er erwähnte nicht, daß die Amsterdamer Internationale es abgelehnt hatte, die Frage des Verbotes der Förderung und Beförderung von Kohle in Betracht zu ziehen, und daß er selbst kein einziges Mal an der Agitation dafür teilgenommen hatte. Es sei einfach „Heuchelei“, von dem Verbote der Förderung und Beförderung von Kohle oder von der Lohnabgabe für die Bergarbeiter zu sprechen, weil dies niemand ausführen würde. Herr Thomas hat selbst niemals irgendeinen Versuch dazu gemacht, im Gegenteil, er hat sich kategorisch geweigert, dies zu tun. Nachdem Richardson namens der Bergarbeiter Thomas beschuldigt hatte, die Sache der Bergarbeiter durch diese Bemerkungen geschädigt zu haben, hieb Ben Tillet in die gleiche Kerbe wie Thomas. Schließlich griff auch noch MacDonald ein, fügte aber, als ob er ein Händler von der Konkurrenz wäre, hinzu, daß die beste Lösung auf dem Boden der „Politik“ gefunden werden könnte. Dann verkündete er mit der üblichen Gesalbtheit, daß durch die Annahme der Resolution den Bergarbeitern Ermutigung zuteil werden würde. „Was immer geschehen möge, ihr Kampf würde sich auf einem

neuen Boden befinden, sobald die gegenwärtige Krise zu einem Ende gelangt ist. Dieser neue Boden würde sich im Unterhause befinden.“

Als ob nach einer zerschmetternden Niederlage der Bergarbeiter, die durch diese Taktik noch mehr gesichert würde, irgendein Versuch, die Nationalisierung im Parlament durchzusetzen, auch nur die geringste Anerkennung bei der Regierung finden würde!

Das Parteitagspräsidium wollte dann eine Abstimmung vornehmen. Gegen diesen Vorschlag einer Abstimmung wurden Einwände erhoben, doch wurde er mit 2 159 000 Stimmen gegen 1 368 000 Stimmen angenommen, wobei die Bergarbeiter für die Fortsetzung der Diskussion stimmten. Als aber dann sofort die Abstimmung über die Hauptresolution vorgenommen wurde, stimmten die Bergarbeiter dafür. Dies war die vierte „Antwort“ auf Scarborough: ein unmittelbarer Verrat am Kampfe der Bergarbeiter, ein Verrat, dem sich die Vertreter der Bergarbeiter anschlossen, wodurch die Kapitalisten Grund zur Annahme erhielten, daß jedenfalls gewisse Bergarbeiterführer selbst nicht daran glauben, daß ein weiterer Widerstand möglich sei.

Wie die „Morning Post“ vom 13. Oktober sagte, „werden die verantwortlichen Gewerkschaftsführer nichts mit dem Gedanken zu tun haben, den Streik fortzusetzen.“

Die nächste Debatte betraf die neue Bodenpolitik. Und wieder führte die organisierte Opposition ein tapferes Schaufecht, aber die neue Politik wurde angenommen. Diese Politik befindet sich voll und ganz auf einer Linie mit allen anderen Teilen der neuen Politik der Arbeiterpartei, die im letzten Jahre in Liverpool angenommen wurde. Obgleich der Grund und Boden nationalisiert werden soll, sollen gewaltige Entschädigungen gezahlt werden, und, was noch schwerwiegender ist, es soll nur jener Teil des Grund und Bodens nationalisiert werden, der gegenwärtig bebaut wird. Der kapitalistische Farmer soll in seinem Besitze geschützt und die örtliche Landwirtschaftsverwaltung von einem Ausschusse geleitet werden, in dem sowohl der kapitalistische Farmer wie auch die Arbeiter Sitze haben sollen. Dieser Beschluß bedeutet eine Ergänzung der gesamten neuen Politik der Arbeiterpartei, so daß sie jetzt ganz und gar liberal wird.

Dies war die fünfte „Antwort“ auf Scarborough, die die Konservativen in ihren Anschauungen bestärkte, daß von den jetzigen Führern in bezug auf die Unterstützung für die Bergarbeiter oder in bezug auf künftigen ernsten Widerstand gegen die Angriffe gegen die Rechte der Gewerkschaften nichts zu befürchten ist. Die „Times“ vom 15. Oktober waren daher ganz berechtigt, eine gegen den Angriff von Scarborough angenommene Resolution dahin zu deuten, daß man zwar erwartet hatte, daß „beträchtliche Kommentare“ durch diese Angriffe „hervorgerufen“ werden würden, daß aber der Parteitag ohne Diskussion „bloß die Entschlossenheit der Arbeiterpartei aussprach, aus allen Kräften jeglichem Versuche Widerstand zu leisten, die legale Betätigung der Gewerkschaften einzuschränken“.

Schließlich wurden gegen Resolutionen, die die Verurteilung des Völkerbundes usw. und die völlige Unabhängigkeit der Völker des britischen Weltreiches forderten, Abänderungsanträge des Parteivorstandes angenommen. Im ersteren Falle wurde der Völkerbund dadurch unterstützt, daß der Ein-

tritt Deutschlands in den Völkerbund „begrüßt“ wurde; im zweiten Falle wurde eine Diskussion über die vorgelegte Resolution zugelassen.

Das waren die „Antworten“ auf Scarborough. Wie kann die allgemeine Lage gekennzeichnet werden? In den Hauptzügen wie folgt:

1. Die Bourgeoisie erfaßt voll und ganz die durchaus neue Lage, die der Generalstreik mit sich gebracht hat. Baldwin sagte in Scarborough, daß „seit dem großen Kriege dem britischen Gemeinwesen keine so große Gefahr (wie die durch den Generalstreik hervorgerufene. H. P. R.) gedroht hat. Auch der Krieg selbst hatte die Einrichtungen, auf denen das Leben unseres Landes aufgebaut ist, nicht in der gleichen Weise bedroht“. („Times“ vom 8. Oktober 1926.)

2. Die Bourgeoisie begreift, daß die Spaltung zwischen dem rechten Flügel und dem wirklichen linken Flügel innerhalb der Arbeiterbewegung immer größer wird. Die „Morning Post“ vom 9. Oktober sagte: „Die hastigen Radikalen haben ihre Revolution verpaßt. Sie spalten auch die Arbeiterbewegung durch ständig wachsende Gegensätze. . . . Und Baldwin wäre weniger klug, als wir annehmen, wenn er diese Bewegung durch einen heftigen und zügellosen Angriff auf die Gewerkschaften konsolidieren würde.“

3. Die Bourgeoisie hofft, die Führer des rechten Flügels dazu zu bringen, den Generalstreik und den Kampf der Bergarbeiter zu brandmarken und es ihr so zu ermöglichen, ihren konzentrierten Angriff auf die Gewerkschaften mit weniger Furcht vor organisiertem Widerstand und sogar mit einer gewissen Mitwirkung jener durchzuführen, die die linken Führer angreifen. Die „Daily Mail“ vom 12. Oktober hält es sogar für gerechtfertigt, zu sagen, daß dies erreicht worden ist. „Praktisch genommen, verkündet jetzt jeder erfahrene Gewerkschaftsführer außerhalb des Bergarbeiterverbandes, daß der Generalstreik im Mai ein Wahnsinn war und daß der Kampf der Bergarbeiter, der sich in seiner vierundzwanzigsten Woche befindet, sehr schlecht geleitet wurde.“ Die „Times“ vom 14. Oktober sagten vorsichtiger: „Die Partei und ihre Führer haben sehr viel gelernt, vieles, das sie zugeben, und vieles, das sie unbewußt enthüllen.“

Der Parteitag von Margate beleuchtet diese Lage dadurch, daß er aufzeigt:

1. daß die neue Lage vom organisierten linken Flügel noch immer unvollkommen erfaßt wird.

2. daß die Gewerkschaftsbürokratie einen weiteren Schritt unternommen hat, indem sie ihre Einheitsfront mit Baldwin auf der ganzen Linie klarer und deutlicher gestaltet hat, angefangen von der Verurteilung des Generalstreiks bis zum Verrate an den Bergarbeitern.

3. daß der organisierte linke Flügel die Führung der neuen Opposition innerhalb der Arbeiterpartei übernommen hat und zur Grundlage einer breit angelegten Klassenoffensive unter der Hegemonie unserer Partei gegen die reaktionäre Führung geworden ist, erstens durch Aufrechterhalten seiner Beziehungen zu den Kommunisten, trotz der Ausschlußtaktik des rechten Flügels, zweitens durch die Organisierung der ausgeschlossenen Ortsgruppen mit den sympathisierenden Elementen innerhalb der Arbeiterpartei zu einem Kampfe für Wiederaufnahme zugleich mit dem Kampfe um die Aufnahme der Kommunistischen Partei.

4. daß deshalb der Kampf innerhalb der Arbeiterpartei jetzt stärker werden wird. Der rechte Flügel wird, um seine Ziele zu erreichen, jetzt sogar Spaltungen in den Gewerkschaften provozieren, um die Arbeiterpartei von den Kommunisten zu befreien. Dies bezeugen die Ansätze zu einem Angriff der Gewerkschaft der ungelerten Arbeiter gegen die Gewerkschaftskartelle, sowie die Ausschlüsse von Kommunisten und Linken. Die Aufgabe unserer Partei ist es daher, tiefer in die Gewerkschaften einzudringen, um für die Klasseneinheit zu kämpfen, um die Gewerkschaften für ihre politischen Aufgaben zu erwecken und um die Bürokratie in ihrer eigenen Festung anzugreifen.

Z. LEDER:

DIE RATIONALISIERUNG DER PRODUKTION IM KAPITALISTISCHEN WESTEN UND IN DER USSR

„Was diesseits der Pyrenäen richtig ist,
ist jenseits der Pyrenäen falsch.“

Pascal.

Auf der Februartagung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale hat Genosse Bela Kun mit Recht aufmerksam gemacht auf die durch das europäische Kapital unter dem Druck des amerikanischen „Uncle Sam“ auf der Grundlage der Vertrustung und Rationalisierung in Angriff genommene Umstellung der Organisation der Produktion. Bekanntlich ist auch bei uns, in der USSR, eine lebhaft propagierte für die Rationalisierung unserer Wirtschaft und unseres Verwaltungsapparates im Gange, während die Kommunisten in den kapitalistischen Ländern energisch und entschlossen den Kampf gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung im Westen führen. Die ultralinken Menschewiki vom Schlage der Korsch und Konsorten, mit ihrer, für sie charakteristischen Verständnislosigkeit für das Wesen des sozialistischen Sowjetstaates, sind unfähig, zu begreifen, warum die Kommunisten der Rationalisierung in den kapitalistischen Ländern radikal anders gegenüber treten müssen als der Rationalisierung in der Sozialistischen Sowjetrepublik. Wir werden uns infolgedessen in dem nachstehenden Artikel mit der Darlegung dieser Frage unter dem Gesichtswinkel der Rationalisierung der Produktion wie überhaupt der gesamten Wirtschaft und des Verwaltungsapparates befassen.

I. Die Rationalisierung als Faktor der ökonomischen Entwicklung Amerikas

„Das klassische Land der Rationalisierung“ — „der wissenschaftlichen Betriebsleitung“ (Scientific management), wie sich die Amerikaner so ehrerbietig ausdrücken, das Land der „wissenschaftlichen Organisation der Arbeit“ („NOT“), wie man bei uns sagt, des Taylorismus und des Fordis-

mus, wie man häufig in Westeuropa sagt — sind bekanntlich die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

In unseren Tagen sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika das Ziel von „Pilgerfahrten“ sowohl der modernen kapitalistischen Industrie-„Kapitäne“ als auch der Arbeiter-„Leutnants“, der reformistischen Führer der Gewerkschaftsverbände geworden. Infolgedessen ist die Frage der Bedeutung der Organisierung und Rationalisierung der Produktion, als ein Faktor der bemerkenswerten Erfolge der amerikanischen Volkswirtschaft, Gegenstand einer breiten Diskussion geworden.

Untersuchen wir zunächst, in welcher Weise diese Frage von den reformistischen Gewerkschaftsführern, die bekanntlich vor kurzem in Amerika waren*, beleuchtet wird. Die Reformisten sind schlaue genug und verfehlen nicht, ihrem Leser zu sagen, daß die Hauptursache der Verluste der Industrie in dem durch seine hohe Organisierung der Produktion berühmten Amerika auf die unrationelle Wirtschaft der Unternehmer zurückzuführen ist. Gleichzeitig aber stellen die reformistischen Gewerkschafter fest, daß die Organisierung der Produktion in den Vereinigten Staaten sowohl in technischer als auch in rein organisatorischer Hinsicht durch ein- und dieselbe Tendenz — der möglichst starken Senkung der Produktionskosten gekennzeichnet wird. Mehr noch: durch eine ziemlich eingehende Analyse der materiellen Voraussetzungen der Arbeit in einer Reihe von Produktionszweigen kommen die deutschen Gewerkschafter zu dem Schluß, daß die Höchstproduktivität der amerikanischen Wirtschaft und auch die im allgemeinen zweifelsohne höhere Produktivität des amerikanischen Arbeiters nicht mit einer intensiveren körperlichen Leistung dieses Arbeiters zusammenhängt. Der — im Vergleich zur deutschen — höheren Produktivität liegt, als dauernder Faktor, die Verschiedenheit der Produktionsmethoden zugrunde. Diese Verschiedenheit erblicken die deutschen Gewerkschafter in der Hauptsache darin, daß der „von der Wirtschaftsphilosophie des privatkapitalistischen Sozialismus“ (so heißt es wörtlich! S. L.) begeisterte amerikanische Unternehmer bestrebt sei, nicht nur eine Höchstleistung, sondern eine Höchstgrenze (Optimum) der Produktivität zu erreichen, bzw. daß er sie erreicht durch die Verbesserung sowohl der Technik als auch der Organisierung seines Betriebes. Dabei betonen sie, daß das Bestreben der amerikanischen Unternehmer zur Erreichung einer höheren Produktivität weit eher auf die Erzielung organisatorischer als technischer Erfolge gerichtet ist.

An verschiedenen Stellen ihrer Arbeit betonen die deutschen Gewerkschaftsführer, daß das Tempo der Arbeit in den Vereinigten Staaten Nordamerikas in einzelnen Industriezweigen keinesfalls ein höheres ist als in Deutschland. Als Industriezweige, in denen dieses Tempo ein wesentlich höheres ist als in Deutschland, nennen die gewerkschaftlichen Forscher die Metallindustrie und den Maschinenbau. Als die Ursache dieser Erscheinung betrachten sie die höhere Durchorganisierung der Produktion, die dem Arbeiter in Amerika Zeit zu sparen und sie produktiv

* Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer. ADGB, Berlin 1926.

zu verwenden erlaubt, während der deutsche Genosse genötigt ist, seine Energie auf der Suche nach Zeichenvorlagen oder nach einem Instruktor* zu verausgaben.

Als die Hauptursache der höheren Produktivität der Arbeit wird somit die bessere, planmäßigere und gründlicher durchdachte Organisation der Produktion bezeichnet. Die höhere Technik und die umfassendere Mechanisierung des Arbeitsprozesses selbst wird in erheblichem Grade als das Ergebnis dieser höheren Durchorganisation der Produktion dargestellt, die ein stärkeres automatisches Funktionieren der Bewegungen des Arbeiters mit sich bringt.

Wir gehen nunmehr ein auf die Anschauungen über die im Vergleich zu Deutschland höhere Produktivität der Arbeit und der Rationalisierung in Amerika, die von anderen zwar nicht „berühmten“, immerhin aber „gelehrten“ Reisenden, die in letzter Zeit das Vaterland der Pershing und Dawes, der Taylor und Ford besucht haben, vorgebracht werden. Wir haben dabei den früheren Minister der Ebert-Republik, den Professor der Nationalökonomie und Sozialdemokraten Dr. Julius Hirsch im Auge. Hirsch** stellt in dem von ihm herausgegebenen Buch die Frage, worin die Erklärung der höheren Produktivität der Arbeit und des höheren Arbeitslohnes zu suchen ist, die das amerikanische Wirtschaftswesen im Vergleich zum deutschen charakterisieren: wurzelt dieser Unterschied ausschließlich oder doch in der Hauptsache in der Ueberlegenheit der Naturreichtümer dieses Landes oder aber in der höheren Durchorganisation der Produktion? Hirsch kommt auf Grund seiner Untersuchung zu dem Schluß: „daß kaum mehr als zwei Fünftel des gesamten im Vergleich zum europäischen erzielten Produktionsüberschusses der Vereinigten Staaten auf den größeren Reichtum Amerikas an Rohstoffen zurückzuführen sind, während dieser Produktionsüberschuß im übrigen Teil letzten Endes durch die bessere Organisation der Arbeit, durch die größere „efficiency“ (Produktivität) der Wirtschaftsstruktur der Vereinigten Staaten erreicht wird. An konkreten Beispielen und Faktoren dieser höheren Organisation der Arbeit nennt Hirsch: den hohen Arbeitslohn, das laufende Band (Conveyer), die mathematisch genaue Ausnützung der Arbeitskraft (Taylorismus) und schließlich die vervollkommensten Formen der kapitalistischen Organisation.

Daraus geht hervor, daß dieser Forscher, ebenso wie die deutschen Gewerkschaftsführer, der Rationalisierung als Faktor der Erhöhung der Produktivität der Arbeit in der amerikanischen Industrie eine sehr hohe Bedeutung beimißt.

II. Wie wird die Rationalisierung in Deutschland betrieben?

Wir kommen nunmehr zu dem klassischen Land der „Dawesierung“ — zu Deutschland, um zu untersuchen, wie dort die Rationalisierung betrieben wird bzw. welche soziale Bedeutung ihr beikommt.

Auf dem Gebiet der Rationalisierung lassen sich hier zwei Richtungen

* Seite 155/156 des gleichen Berichtes der deutschen Gewerkschaftsführer.

** Es liegt eine russische Uebersetzung vor unter dem Titel: „Organisatorische Erfolge der amerikanischen Wirtschaft“. Leningr. Verl. „Wremja“.

unterscheiden. Vor allem kommt das „Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit“ in Betracht, das die methodische, keinesfalls aber die regulierende und praktische Leitung der Rationalisierung ausübt. An der Spitze dieser Organisation stehen Schwerindustrielle, Führer und Größen des Eisenbahnwesens (Karl Friedrich von Siemens, Karl Köttgen, Kastel, Hammer, Bosch, Burgers und Duisberg). Diese Organisation „kann“, wie der stellvertretende Vorsitzende des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, Karl Köttgen, in der Sitzung vom 17. Dezember 1925 ausführte — „das Ziel weisen“; die Beschlüsse darüber jedoch, wie dieses Ziel anzustreben ist, ist Sache des einzelnen Unternehmers oder der verschiedenen Unternehmergruppen. Diese Organisation ist weder berechtigt, die Arbeit auf dem Gebiet der Rationalisierung zu regulieren, noch, viel weniger, sie administrativ zu leiten. Die Durchführung der Rationalisierung ist Sache dieser Siemens, Duisberg, Hammer, Köttgen usw. Dabei haben wir es denn auch mit der zweiten Richtung der Arbeit zur Rationalisierung zu tun, die praktisch den entscheidenden Einfluß besitzt, da durch sie die ganze Schwere der Rationalisierung auf die Schultern der Arbeiterklasse abgewälzt wird. Sogar das Organ der Bergwerksbesitzer „Deutsche Bergwerkszeitung“, mußte feststellen („Arbeit für Arbeitslose“):

„... das, was früher die Maschinen waren, das ist gegenwärtig die Rationalisierung: sie setzt Arbeitskräfte frei, für die keine Verwendung mehr besteht ... die Industrie führt die Rationalisierung durch, ohne nach rechts oder nach links zu schauen.“

Die Rationalisierung wird in Deutschland auf Kosten der Arbeiterklasse durchgeführt — unter Steigerung ihrer Ausbeutung und unter Verwandlung Hunderttausender von Proletariern in dauernd Arbeitslose, d. h. — in Paupers und Parias der kapitalistischen Gesellschaft.

Als grundlegende administrativ-organisatorische Methode zur Rationalisierung bedient sich die deutsche Industrie des Ueberganges von der Kartellierung zur Vertrustung, von der Aufgabe der Regulierung der Verkaufspreise zur Aufgabe der Senkung der Gesteuungskosten der Produktion. Bereits in der Julinummer des Organes der deutschen Industriellen, „Reichsindustrie“, wurde dieser Vorgang in einer Polemik aus Anlaß dieser Fragen gegen den Vorsitzenden der deutschen Reichsbank, Dr. Schacht, klar hervorgehoben. Seither gingen, wie die kapitalistische Presse vermerkt — die Fusionen, Zusammenschlüsse und Erweiterungen der Konzerne in horizontaler Richtung unaufhörlich weiter, wobei sie sämtlich ein gemeinsames Ziel verfolgen, das darin besteht, die Produktion so zu organisieren, daß dadurch billigere Gesteuungskosten als bisher erzielt werden, um auf diese Weise die Konkurrenz mit dem Auslande bestehen und sich der sinkenden Kaufkraft des Landes anpassen, d. h. rationalisieren zu können. Von Siemens, einer der Leiter des mächtigen Siemens-Schuckert-Konzerns und der Vorsitzende des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, hatte somit durchaus recht, als er die Frage so stellte, daß die Kartelle und „Interessengemeinschaften“ nur in ganz unbedeutendem Maße in der Lage sind, eine progressive Arbeit auf dem Gebiete der Rationalisierung zu leisten, da sie, durch das ihnen eigene, von den einzelnen Kartellen abgesonderte Leben, nirgends hierzu imstande sind. Die hierzu

erforderliche völlige einheitliche Geschlossenheit wird, seinen Worten nach, lediglich dann hergestellt, wenn nicht nur die Produktion, sondern auch die Konstruktions- und Forschungsarbeiten, die Verteilung sowie die gesamte Verwaltung zusammengefaßt werden*.

Welche Maßnahmen in bezug auf die Produktion zieht die Vertristung der einzelnen Betriebe nach sich? Im Kohlenbergbau führt sie zur Stilllegung der weniger ertragsreichen Flöze, zur Mechanisierung der Ausbeute und der Förderung sowie zur Elektrifizierung der Gruben. Namentlich im Ruhrgebiet ergab die mechanische Ausbeute auf Grund der Angaben des Organs der Bergwerksbesitzer „Deutsche Bergwerkszeitung“ (wenn man auch die ohne Hauer gewonnene Ausbeute berücksichtigt) 1913 insgesamt 5 Prozent der gesamten Produktion, während gegenwärtig, umgekehrt — die Handausbeute (darunter auch mit Hilfe der ohne Hauer gewonnenen Ausbeute) bereits insgesamt 49,6 Prozent ausmacht. Die Tagesausbeute auf den einzelnen Arbeiter machte somit 1913 — 945 Kilogramm aus, 1924 — 857 Kilogramm, im Dezember 1925 — 1031 Kilogramm und im Juni 1926 — 1081 Kilogramm, während in dieser Zeit die Arbeitszeit außerdem um eine halbe Stunde verkürzt wurde.

Die Konzentration der Produktion sowie die Stilllegung der weniger rationalen Betriebe ist auch ein Charakteristikum der Gußeisen- und Stahlerzeugung, wofür wir lediglich zwei bis drei bezeichnende Beispiele anführen. Mitte Mai wurden die Verhandlungen über den Zusammenschluß der Aktiengesellschaft „Vereinigte Stahlwerke“ und „Bergische Stahlindustrie“ in Remscheid abgeschlossen. Die unmittelbare Folge dieses Zusammenschlusses war die Rationalisierung des Stahlgusses: die Gußerzeugung in den Phönixwerken in Duisburg-Meiderichs (Vereinigte Stahlwerke) wurde eingestellt und in den „Rhein Stahlwerke“ konzentriert, was natürlich einen Abbau der „überflüssigen“ Arbeiter zur Folge hat. Den dritten Vorgang dieser selben Rationalisierungsbestrebungen im Gefolge des vollzogenen organisatorischen Zusammenschlusses beobachten wir auf dem Gebiete der Herstellung von Flacheisen. Das Duisburger Werk der Aktiengesellschaft „Rhein Stahl“, dessen Produktivität 1000 Tonnen im Monat beträgt, stellte die Herstellung von Flacheisen ein, um sie zum Teil in dem Mühlheimer Werk von Thyssen (mit einer monatlichen Produktivität von 5 bis 6000 Tonnen), teils in dem Bruckhausener Werk desselben Thyssen und teils in dem Werk von Ziepen (mit einer monatlichen Produktivität von ungefähr 8000 Tonnen) zu konzentrieren, je nach der Dicke des Eisens. In ganz der gleichen Weise wurde die Herstellung von Bandeisen in dem zweiten Duisburger Werk eingestellt, dessen monatliche Produktivität 4000 Tonnen beträgt, und in dem Dienslackener Werk von Thyssen konzentriert, das infolge seiner modernen Walzwerke, der verbesserten Warmkraftwirtschaft (Speisung durch Hochofengase) und der günstigen Transportverhältnisse seine monatliche Produktivität auf 20 000 Tonnen gesteigert hat. Vorher bereits wurde die Kesselfabrikation und die Herstellung von Schiffsflacheisen in dem Werk der Aktiengesellschaft „Rhein Stahl“ in Hochfelde eingestellt, und zwar infolge ungünstiger produktionstechnischer und

* Aus dem Referat auf der 46. Tagung der deutschen Industrie und des Handels; siehe Bericht im „Berliner Tageblatt“ Nr. 200 vom 29. April 1926.

wirtschaftlicher Umstände. Es ist klar, daß bei der Durchführung all dieser organisatorisch-administrativen und produktionstechnischen Maßnahmen Hunderte und Tausende von Arbeitern überflüssig sind bzw. abgebaut werden*.

Wir werden nicht eingehen auf den Konzentrationsprozeß des Kapitals und die daraus sich ergebenden Rationalisierungsmaßnahmen in den für Deutschland so wichtigen Industriezweigen, wie die chemische Industrie und die Kaliherzeugung**. Es muß aber mit einigen Worten eingegangen werden auf die verarbeitende Metallindustrie und den Maschinenbau. Eine überaus klare und präzise Charakteristik der Lage wurde hier von dem Vorsitzenden der letzten Tagung des Verbandes deutscher Maschinenbauindustrieller im Dezember 1925, dem Direktor Reiter, und insbesondere von dem Hauptreferenten auf der Tagung, dem Geschäftsleiter des Verbandes, Direktor Karl Lange gegeben. Lange ist der Ansicht, daß man in Deutschland bei einer Rationalisierung der Wirtschafts- und Produktionsmethoden in der Maschinenbauindustrie anstatt mit 90 bis 100 Werken, die Schraubstöcke herstellen, bestenfalls mit 9 bis 10 auskommen würde und mit 15 bis 20, wenn man die Bedürfnisse der Ausfuhr berücksichtigt. Nach der Meinung Langes müssen die überflüssigen Werke rücksichtslos stillgelegt und auf Verlustkonto abgeschrieben werden, da unrentable Betriebe lediglich eine Belastung des Ganzen darstellen.

Bereits im Dezember 1925 konnte Lange über 150 Zusammenschlüsse in diesem Industriezweig berichten. In den einzelnen Industriezweigen wurde im Zusammenhang damit eine große Rationalisierungsarbeit geleistet, besonders z. B. in der Herstellung von Papiererzeugungsmaschinen, in der Herstellung von Druck- und Rotationspressen, in der Automobilherzeugung usw. Alle diese Maßnahmen haben eine greifbare Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse, eine Zunahme der Ausbeutung und eine Verdrängung der „überflüssigen“ Arbeiter aus der Produktion zur Folge. So z. B. haben die Kapitalisten in der Produktion zur Herstellung von Papierfabrikationsmaschinen laut Angaben Langes 23 Prozent am Arbeitslohn „eingespart“, während in der Automobilindustrie, in der die „Fordisierung“ des Produktionsprozesses stärker als in irgendeinem anderen Industriezweig angewandt wird, sowie in den Werken der Gesellschaft „Hansa Lloyd“ eine weit größere Produktion bei bedeutender Verringerung der Anzahl der Arbeiter usw. erzielt wurde.

Welches sind nun die sozialen Folgen dieser von der kapitalistischen Klasse Deutschlands durchgeführten Arbeit?

Diese Folgen stehen in einem ernsthaften Gegensatz nicht nur zu jenen

* Im September 1925 waren in Deutschland nur 45 Prozent aller Hochöfen in Betrieb, 1913 92 Prozent, dagegen betrug die Gußstahlerzeugung im September 1925 ungefähr 90 Prozent der Erzeugung von 1921. Das ist das Ergebnis des Rationalisierungsprozesses im Hochofenbetrieb sowie der ungeheuren Steigerung der Produktivität der Arbeit.

** In der Kaliindustrie wurden, im Zusammenhang mit der Konzentration des Kapitals sowie mit der engeren Fusion der einzelnen Betriebe, von 224 Gruben 155 stillgelegt. Infolge der Verbesserung der Produktionsmethoden aber, der Anwendung von Verladungs- und Baggermaschinen, ist die Produktion nicht zurückgegangen, obwohl die Anzahl der Arbeiter von 23 000 auf 11 000 abgebaut wurde. Die Produktion pro Arbeiter ist von 101 Tonnen im dritten Quartal 1924 auf 155 Tonnen im dritten Quartal 1925 gestiegen.

Auswirkungen, wie sie durch die Rationalisierung in der Sowjetrepublik den werktätigen Massen gegenüber hervorgebracht werden, sondern auch zu den Folgen der Rationalisierung in den Vereinigten Staaten Nordamerikas.

In der USSR hat die Rationalisierung, die die Produktivität der Arbeit steigert und die Gesteungskosten senkt, eine Erweiterung des Maßstabes der Produktion sowie eine Zunahme der Anzahl der beschäftigten Arbeiter und gleichzeitig eine Steigerung des Arbeitslohnes zur Folge. Aber eine solche Auswirkung der Rationalisierung in der USSR ist, wie wir im weiteren Verlauf beweisen werden, bedingt durch die auf der Grundlage der Diktatur des Proletariats beruhenden Eigenarten ihrer sozialen Gesellschaftsordnung und den Charakter ihrer Oekonomie, der ungeheuere Möglichkeiten eines Aufschwungs eröffnet. Unter den antagonistischen Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der Vereinigten Staaten Nordamerikas wird die negative Auswirkung der Rationalisierung zum Teil abgeschwächt durch die Besonderheiten der Oekonomie dieses Landes, die in gewissem Grade eine Erhöhung des Einkommens der werktätigen Klassen, bei gleichzeitiger Vergrößerung des Anteils der Ausbeuterklasse am Nationalvermögen, sowie eine Zunahme ihrer Macht ermöglicht. Ganz anders liegen die Dinge in Deutschland, in dem Lande der „klassischen Dawesierung“. Für die sozialen Verhältnisse dieses Landes ist es charakteristisch, daß hier die sozialdemokratischen Gewerkschaften in einem Grade, wie nirgends anders (nicht einmal in Amerika), bedingungslos auf dem Boden der „Koordinierung“ der Interessen des Proletariats und der Interessen der Kapitalistenklasse, d. h. faktisch auf dem Boden der Unterordnung der ersteren unter die letzteren stehen. Für die deutsche Oekonomie ist erstens die ihr auferlegte ungeheure Kriegskontribution, zweitens die Erreichung eines Grades der Industrialisierung charakteristisch, unter dem sich die Produktivkräfte in den gegebenen Gesellschaftsformen nicht mehr so entwickeln können, wie sie sich in Ländern mit einem sogenannten agrarischen „Hinterland“, wie z. B. Amerika entwickeln. Unter diesen Verhältnissen können die Propagandisten des Fordismus sowie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer einreden auf die Kapitalisten, wie sie wollen, daß die Rationalisierung Hand in Hand gehen müsse mit einer Rationalisierung des Arbeitslohnes — die Kapitalisten werden sich dennoch an die Linie des geringsten Widerstandes halten, an die Linie der verschärften Ausbeutung der Arbeitskraft. Diese Richtung charakterisiert die kapitalistische Rationalisierung.

III. Die Rationalisierung in der Sozialistischen Sowjetrepublik

Die Konzentration der Produktion in einer möglichst geringen Anzahl technisch bestausgestatteter Betriebe, bei möglichst restloser Ausnützung ihrer Produktionskapazität, ist, wie wir gesehen haben, eine wichtige Methode zur Rationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft. Wir haben diese Methode in der USSR systematisch bei der Verwaltung unserer Staatsindustrie zur Anwendung gebracht. Die allgemeinen Ergebnisse dieses in der Zeit vom März 1923 bis November 1924 durchge-

fürten Prozesses sind daraus ersichtlich, daß wir im ersten Quartal 1922/23 2441 industrielle Werke mit einer Durchschnittszahl von 413 Arbeitern und einem durchschnittlichen Wert der Produktion von 114 000 Vorkriegsrubeln pro Werk hatten, während wir im 4. Quartal 1923/24 nur noch 1974 Werke, mit einer Durchschnittszahl von 641 Arbeitern und einer durchschnittlichen Produktion von 204 000 Rubeln pro Werk hatten. Diese Konzentration war begleitet von einer höheren Ausnutzung der Kapazität der Betriebe und infolgedessen von einer Steigerung der Produktivität. Mit dieser Konzentration war jedoch eine gewisse kurzfristige Verringerung der Anzahl der Arbeiter verbunden. Aber bereits 1924/25 wurde dieser Prozeß der Konzentration nach und nach abgelöst durch den Prozeß der Inbetriebnahme der früher „kaltgestellten“ Werke, da wir sonst nicht in der Lage gewesen wären, den erforderlichen weiteren Ausbau der Industrie vorzunehmen. Der Konzentrationsprozeß, als ein System von Rationalisierungsmaßnahmen, hat somit zu einer Zunahme der Zahl der Arbeiter, sowie zu einer Steigerung des Arbeitslohnes auf der Grundlage der Erhöhung der Produktivität der Arbeit geführt.

Ungefähr gleichzeitig, von 1924/25 ab, beginnt bei uns die systematische Arbeit zur Rationalisierung unserer Technik. Die Endergebnisse dieser Arbeit lassen sich zahlenmäßig dadurch charakterisieren, daß wir 1924/25 für grundlegende Erneuerungen, Rationalisierung und Umstellung der Betriebe 360 bis 400 Millionen Rubel verausgabt haben, während 1925/26 auf Grund des vom obersten Volkswirtschaftsrat dem Rat der Arbeit und Verteidigung im Februar 1926 vorgelegten Programms vorgesehen war, 550 Millionen zu verausgaben. In Zukunft, 1926/27 sind, auf Grund der vergleichenden Kontrollziffern der Wirtschaft, die die staatliche Planwirtschaftskommission aufgestellt hat, für diese Zwecke 613 Millionen Rubel vorgesehen. Wenn wir einige konkrete Beispiele nehmen, so können wir folgende Erfolge anführen. Im Kohlenbergbau und insbesondere im Donbecken betrug die Ausbeute mit Hilfe von Hauermaschinen 1921/22 nicht über 3,3 Prozent der Gesamtausbeute, während sie 1925/26, auf Grund des Produktionsprogramms, 8,8 Prozent der Gesamtausbeute und 1926/27 — bereits 17,6 Prozent erreichen sollte. Die Ausbeute der Petroleumgewinnung und besonders der Petroleumgewinnung in Aserbeidschan, deren Ausbeute ungefähr $\frac{2}{3}$ der Gesamtpetroleumausbeute der USSR darstellt, und die Steigerung der Ausbeute in den letzten zwei bis drei Jahren ist in der Hauptsache auf die Rationalisierung der Methoden der Ausbeute zurückzuführen: 1923/24 wurden durch Tiefpumpwerke nicht mehr als 0,8 Prozent der Gesamtausbeute gefördert, 1924/25 bereits 12,5 Prozent, in den zehn Monaten 1925/26 dagegen betrug die Pumpenausbeute bereits 29,2 Prozent. Ähnliche Angaben können wir auch in bezug auf die Leichtindustrie bringen.

Die Rationalisierung erfolgt bei uns noch in einer dritten Richtung — in der Richtung der Durchorganisation des Produktionsprozesses selbst. Während die alte Einrichtung, lediglich mit teilweisen Umstellungen oder unter Anbringung von einfachen Vorrichtungen an den vorhandenen Werkbänken beibehalten wird, ist unsere Industrie bestrebt, durch planmäßige Umgestaltung der Werkabteilungen

und der Werkbänke, durch Steigerung der Geschwindigkeit der Maschinen, durch Aenderung der Produktionsmethoden, durch bessere Teilung der Arbeit, durch Normierung der Arbeit und Einführung spezieller Normen der Bezahlung der Arbeit — eine restlosere Ausnutzung der Werke, der Rohstoffe, des Materials, der Heizstoffe und der Arbeitskraft sowie eine Verringerung des Produktionskreislaufes und eine Beschleunigung des Kapitalumsatzes zu erreichen. Soweit die Voraussetzungen für diese Arbeit in den Besonderheiten der sozialen Gesellschaftsordnung der USSR wurzeln, begünstigen sie die umfassendste Rationalisierungsarbeit. Die ausländischen Spezialisten und auch unsere eigenen Spezialisten und Gelehrten stellen diesen Umstand ausdrücklich fest, auch wenn sie noch so sehr dem Kommunismus fremd gegenüberstehen. So z. B. erklärte der bekannte Gelehrte der Chemie, der Akademiker W. P. Ipatjew, bei der Eröffnung der 4. Chemikertagung zu Ehren Mendelejews: „Gegenwärtig besitzt die USSR, die die gesamte Industrie nationalisiert hat, den ungeheuren Vorteil, daß sie die Entwicklung in jene Geleise lenken kann, die für die wirtschaftliche Entwicklung des ganzen Landes am vorteilhaftesten sind.“ Die große wissenschaftstechnische und Rationalisierungsautorität Deutschlands, Prof. Schlesinger, war in der USSR, hat unseren Traktorenbau kennengelernt und die ganze Einrichtung dieses Traktorenbaues einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Gleichzeitig aber bemerkte er, daß

„zur selben Zeit, während in Deutschland die wirtschaftlichen Verhältnisse lediglich zur Stilllegung der wirtschaftlich schwachen Werke zwingen, in Rußland, auf Grund der angestellten Schlußfolgerungen, systematisch daran gearbeitet wird, an Stelle von vier kleinen oder getrennten Werken ein Werk für Massenproduktion zu stellen. Die schlecht oder nur mittelbar ausgerüsteten, eingerichteten und organisierten Werke werden auf diese Weise durch einen Druck von oben genötigt, ihre Produktion überhaupt einzustellen und ihre tauglichen Maschinen und Werkzeuge an die besser eingerichteten Werke abzutreten, die die günstigsten Vorbedingungen in bezug auf die Metall- und Kohlenbelieferung erhalten“.

Auch der bekannte amerikanische Spezialist für die Mechanisierung der Hauerarbeit zur Kohlenförderung, der Ingenieur Joy, der speziell zur Vornahme von Arbeiten in dieser Richtung für die Kohlenbecken des Dongebiets engagiert wurde, erklärte einem Vertreter der deutschen Bergwerkzeitung gegenüber:

„Ich bin überzeugt, daß Rußland, mit seinen riesigen Naturreichtümern und bei dem energischen Vorgehen seiner Regierung zur Erschließung dieser Naturreichtümer, eines der größten Industrieländer werden wird. Es läßt sich von Tag zu Tag ein unbestrittener Fortschritt und eine ständig zunehmende Produktion feststellen, die Schritt um Schritt durch eine Modernisierung der verschiedenen Industriezweige gefördert und ohne Zweifel eine Verbesserung der gesamten wirtschaftlichen Lage zur Folge haben wird.“ („Deutsche Bergwerkzeitung“ vom 27. Mai 1926.)

Welches ist die soziale Auswirkung des Systems der Rationalisierungsmethoden in der USSR? Dafür sprechen die vergleichenden Kontrollziffern der staatlichen Planwirtschaftskommission eine beredte Sprache. Die Anzahl der in der Großindustrie beschäftigten Lohnarbeiter ist demzufolge von 1 718 000 im Jahre 1923/24 auf 1 977 000 im Jahre 1924/25, auf 2 529 000 im Jahre 1925/26 gestiegen und wird voraussichtlich auf 2 685 000 im kommenden Jahre steigen. Die Jahresproduktion eines einzelnen Arbeiters in der staatlichen Industrie der USSR ist (in Vorkriegsrubeln) von 1624 Rubeln im Jahre 1923/24 auf 2144 Rubel im Jahre

1924/25 und auf 2393 Rubel im Jahre 1925/26 gestiegen und wird 1926/27 auf 2574 Rubel steigen. Der Arbeitslohn ist in der gleichen Zeit von 232 Tscherwonetz-Rubeln auf 423 Rubel im Jahre 1923/24, auf 525 Rubel im Jahre 1924/25 und auf 631 Rubel im Jahre 1926/27 gestiegen und wird voraussichtlich auf 684 Rubel im Jahre 1926/27 steigen. (Vergleichende Kontrollziffern der Volkswirtschaft 1926/27, Verlag „Planwirtschaftswesen“ 1926.)

Es ist nicht notwendig, daß wir uns auf eine Erklärung dieser Erscheinung einlassen. Sie läßt sich kurz in zwei Worten zusammenfassen: die USSR ist das Land der Diktatur des Proletariats. Mögen die Vertreter der Opposition und der Ultralinken von einer „Entartung“ des Arbeiterstaates der Sowjetunion reden, soviel sie wollen, mögen sie sich in demagogischen Behauptungen überbieten und den Aufschwung der Produktivität der Arbeit bei uns so hinstellen, als würde er ausschließlich auf Grund einer intensiveren Anspannung der Arbeitskraft vor sich gehen, es wird ihnen dennoch nicht gelingen, die Ziffern und die Tatsachen zum Schweigen zu bringen. Diese legen „hartnäckig“ Zeugnis ab dafür, daß das Proletariat die Rationalisierung der Wirtschaft und der Produktion durchführt und gleichzeitig damit die Intensivität der Arbeit steigert, ohne dabei die Grenzen zu überschreiten, die dem Schutz der Gesundheit des Arbeiters gezogen sind, und nicht ohne ständig um die zunehmende Verbesserung der materiellen Lage der breiten Massen besorgt zu sein.

Die Rationalisierung in der USSR, die die Erstarkung der Wirtschaft des Sowjetstaates fördert, stärkt dadurch auch die Stellung der Arbeiterklasse — in ihrem Verhältnis zur verbündeten Bauernschaft sowohl als auch gegenüber dem Weltkapitalismus. Die Rationalisierung in den kapitalistischen Ländern vermag zwar die Produktivität der Arbeit zu heben, bringt aber keine Verbesserung der Lage des Arbeiters mit sich, da diese nicht nur von der Masse des nationalen Produktes abhängt, sondern auch von dem Kräfteverhältnis der Klassen. Praktisch führt sie in den Ländern der mehr oder weniger ausgesprochenen Dawesierung zu einer Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse. Die Rationalisierung in der USSR dagegen sichert die Hebung der Lage der Arbeiterklasse, denn sie schafft die wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Verbesserung der Lage der Werktätigen, die das Ziel der Herren der Sowjetindustrie — des proletarischen Staates ist.

A. LOSOWSKI: DER INTERNATIONALE REFORMISMUS, WIE ER IST

1. D'Aragonas Selbstbestimmung

Unser alter Bekannter, halb Amsterdamer halb Faschist, d'Aragona, evolutioniert immer weiter. Als 1920 die Wellen der Arbeiterbewegung in Italien hoch gingen, kam d'Aragona nach Moskau und beteiligte sich an der Gründung der Profintern. Nach Italien zurückgekehrt, zu einer Zeit, wo die Eroberung und Besetzung der Betriebe durch die Arbeiter ihren Höhepunkt erreicht hatte, ging er sogleich daran, diese Bewegung totzuschlagen, was ihm und seinen Kollegen auch glänzend gelang. Sowie die Bewegung niedergeworfen war, fühlte d'Aragona plötzlich den Mut, offen zu erklären, daß er Amsterdamer war und bleibt. Nach dem Sieg des Faschismus nimmt die Evolution d'Aragonas einen geradezu katastrophalen Verlauf. Er läßt offene Erklärungen gegen „bolschewistisches Geld“ vom Stapel, prahlt damit, daß er es verstanden hat, „die bolschewistische Bewegung von 1920“ zu zerschlagen, und endlich geht er soweit, offen die Notwendigkeit einer Versöhnung mit Mussolini zu proklamieren. Diese Faschistenfreundlichkeit war aber selbst seinen reformistischen Freunden zu viel, und sie beeilten sich, um nicht ihren Einfluß in den Gewerkschaften zu verlieren, ihn abzusetzen und andere, minder geschwätzig Renegaten auf seinen Platz zu stellen.

Doch das Stillehalten geht dem Signor d'Aragona wider die Natur, und er versucht immer wieder, zwischen Reformismus und Faschismus eine Brücke zu schlagen. In Italien gibt es der Vorwände genug, um hochpatriotische Gefühle steigen zu lassen. D'Aragona wählte zu diesem Zweck den Landarbeiterstreik in Molinelli. Der Kampf in Molinelli dauert schon mehrere Jahre hindurch. Die Landarbeiter legen in der Verfechtung ihrer Interessen einen hervorragenden Heroismus an den Tag. Der Landarbeiterverband wurde mehrmals aufgelöst, erstand aber immer wieder, wie ein Phönix aus der Asche. Im Juli dieses Jahres wurde er erneut aufgelöst unter dem Vorwand seines „offen anti-nationalen und zerstörenden Charakters“ und weil „unter dem Namen seiner heutigen Organisatoren sich die alten Führer der roten Organisationen verbergen“. Um den Widerstand der Arbeiter von Molinelli zu brechen, werden Hunderte von Arbeitern durch die vereinten Kräfte der Faschisten, der Haus- und der Grundbesitzer von ihren Wohnstätten vertrieben. D'Aragona benutzte seinen Aufenthalt im Internationalen Arbeitsbüro (er vertritt in dieser Lasterhöhle die italienischen „Arbeiter“), um eine Rede nicht für die mißhandelten und verfolgten Arbeiter, sondern gegen sie zu halten. Seine Rede war eine so glänzende „Verteidigung“ der Arbeiter von Molinelli, daß alle faschistischen Zeitungen über die „richtige und gerechte Politik der Faschistenregierung“ jubeln. Wie hat sich dazu die „Arbeitergruppe“ gestellt, der die angesehensten

Führer der Amsterdamer Internationale angehören? Ueber allen Wipfeln ist Ruh! Amsterdam schweigt. Die Selbstbestimmung d'Aragonas nimmt ihren Gang mit voller und vorbehaltloser Unterstützung der Amsterdamer Internationale, denn der italienische Apfel ist nicht weit vom Amsterdamer Stamme gefallen.

2. Auf dem Wege zur alten Hoflakaïen-Livree

Langsam, aber um so sicherer strebt Deutschland seine m Hohenzollern-Hause zu. Vor acht Jahren begann die deutsche Revolution mit einer Regierung aus Sozialdemokraten und Unabhängigen, heute aber ist Deutschland dank der genialen Strategie der Sozialdemokratie ein Hindenburg-Land, das, wie jedermann versteht, nichts anderes ist als eine Etappe auf dem Wege zur Wiederherstellung der Monarchie. Man möchte meinen, daß in der Frage — Monarchie oder Republik — die Sozialdemokraten besonders unversöhnlich sein sollten, denn Republik, Demokratie ist doch das Glaubenssymbol des internationalen Reformismus. Jedoch hehre Prinzipien und alltägliche Praxis scheinen zweierlei zu sein.

Als es in Deutschland zur Revolution kam, entstand — beileibe nicht durch Verschulden der Sozialdemokratie! — die Frage nach der Monarchie und ihren Trägern. Mit Entrüstung und Grauen sahen die sozialdemokratischen Ritter und Edelfrauen, wie die russischen Barbaren es ihren Romanows heimgezahlt haben. Die Sozialdemokraten sind aber keine „Barbaren“, keine Bolschewiken, und daher haben sie mit größter Vorsicht und tiefen Bücklingen den Hohenzollern die Krone vom Haupt gehoben und unverzüglich der ganzen Hofhaltung, allen Prinzen, Fürsten und Herzögen bis an ihr seliges Ende eine beträchtliche Pension ausgesetzt. Deutschland war bekanntlich vor dem Kriege so eine Art von Zuchtstätte für die Belieferung aller Länder mit Königen und Königinnen. Dank dieser eigentümlichen nationalen Industrie ist die Zahl der Blutsverwandten der „Herrscher von Gottes Gnaden“ sehr groß, und jedem von ihnen hat die Sozialdemokratie, in Ansehen seines unvergeßlichen Verdienstes, das deutsche Volk mit seiner Geburt beglückt zu haben, die Möglichkeit gegeben, auf Kosten „seines“ Volkes eine sorglose Existenz zu führen.

Doch wie die Franzosen sagen, kommt der Appetit mit dem Essen. Nachdem die Hohenzollern einige Jahre hindurch „rationiert“ waren (diese „Ration“ kam dem Staate jährlich auf viele Millionen zu stehen), rebellierten sie plötzlich und erklärten, sie wollen alles haben, was ihnen „zukommt“. Wenn nicht der von den breiten Arbeitermassen ausgeübte Druck wäre, wären die Sozialdemokraten niemals für die Enteignung der Fürstenhäuser eingetreten. Heute, nachdem im Volksentscheid die formale Entscheidung gefallen ist, ist die Sozialdemokratie drauf und dran, im trauten Bund mit den bürgerlichen und monarchistischen Parteien dem deutschen Volke unerhörte Lasten zugunsten der Futterkrippe der „erlauchten“ Schmarotzer aufzuerlegen. Zwar haben die Sozialdemokraten nicht für die Vereinbarung mit den Hohenzollern gestimmt, sie haben sich „nur“ der Stimme enthalten. Doch niemand ist so dumm, um mißzuverstehen, was eine solche unverantwortliche Stimmenthaltung in einem derartigen Augenblick und in einer solchen Frage bedeutet. Durch diese Stimmenthaltung haben die

Sozialdemokraten für die Monarchie gestimmt, — kein Arbeiter wird es ihnen je vergessen! So sieht der „Kampf“ der kaiserlichen Sozialdemokratie um die Demokratie aus. Die deutsche Sozialdemokratie hat schon längst ihre rote Fahne gegen die schwarz-rot-goldene eingetauscht. Nun hat sie aber auch diese in die Rumpelkammer gestellt und die Hoflakaien-Livree zu ihrer Fahne erhoben.

So kämpft die deutsche Sozialdemokratie gegen die Monarchie und ihre Ueberreste. Bolschewisten und Sozialdemokraten standen seinerzeit beide vor der gleichen Frage: Wie macht man der Monarchie ein Ende? Wir fragen nunmehr die sozialdemokratischen Arbeiter: Welche Methode — die bolschewistische oder die sozialdemokratische — ist für die werktätigen Massen die einfachere, die billigere und vorteilhaftere? Wo ist wahre Demokratie und proletarischer Sozialismus, wo aber ein durch und durch antidemokratischer, mit leeren Redensarten operierender Pseudo-Sozialismus?

3. Wem gehört die Palme?

Neben die deutsche Sozialdemokratie muß die mindestens ebenso verdienstvolle PPS gestellt werden. Diese „Erzfeinde“, diese beiden der II. Internationale angeschlossenen Organisationen stehen in erbitterter Konkurrenz miteinander. Es handelt sich darum, wer von ihnen seinen Rivalen in bezug auf Anpassung an die vaterländische Bourgeoisie und in bezug auf Bekämpfung der Kommunisten übertrifft. Sowie die deutsche Sozialdemokratie irgendeine Niederträchtigkeit zum besten gibt, beeilt sich die PPS, ihre deutschen Kollegen zu übertrumpfen, die ihrerseits keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um es ihnen nachzutun. Dieser Kampf um die Meisterschaft in der Niedertracht ist im Laufe der letzten Woche besonders deutlich in Erscheinung getreten.

Kaum haben die deutschen Sozialdemokraten den Hamburger Streik verschandelt und sich in der Frage der Entschädigung der Hohenzollern der Stimme enthalten — flugs versammelt sich der Generalrat der PPS und läßt seinen „Erbfeind“ weit auf der Strecke. Der Generalrat dieser Partei hatte über sein Verhalten gegenüber Pilsudski zu beschließen, sowie sein Urteil über den Eintritt des Parteimitgliedes Moraczewski in die faschistische Regierung Pilsudski abzugeben. Die Lage dieser Partei, aus deren Schoß Pilsudski und seine nächsten Helfer hervorgegangen sind, ist — man muß es gestehen — keineswegs eine leichte. Berücksichtigt man, daß die PPS, gleich anderen Parteien der II. Internationale, überall hinausposaunt, sie sei für Demokratie und gegen Diktatur, erinnert man sich ferner, daß Pilsudski nicht nur Arbeiter niederschießt (damit hätte sich die PPS allenfalls aussöhnen können), sondern auch auf den Sejm und die Verfassung pfeift, so ist es klar, wie schwierig es ist, in einer solchen Situation Pilsudski kein Leid zuzufügen, den demokratischen Schein zu wahren und dabei auch den Parteimann Moraczewski zu unterstützen. Nach zweitägiger Diskussion zwischen den Rechten und den Linken (im Rat der PPS gibt es auch solche Käuzel), und da man schließlich aus jeder schlimmen Lage irgendeinen noch schlimmeren Ausweg finden kann, wurden die Dinge schließlich in Ordnung gebracht: der Generalrat verurteilte die Politik

Bartels, d. h. die Politik einer nicht mehr existierenden Regierung, stellte sich gegenüber Pilsudski auf einen abwartenden Standpunkt (es eilt ja nicht!) und erklärte, daß der Eintritt des PPS-Mitgliedes in die Pilsudski-Regierung eine persönliche Angelegenheit des Freischützen Moraczewski sei. Dies alles geschah selbstverständlich im Namen von Demokratie und Sozialismus. Sämtliche Weisen aller Völker und Zeiten hätten auch nichts Besseres aushecken können!

Die polnische Regierungszeitung „Epoca“ schreibt über diese „geschichtliche“ Sitzung:

„Im Rat der PPS hat das Bewußtsein gesiegt, daß ein übermäßiges Hängen an Doktrinen in der jetzigen Situation dem Gleichgewicht des polnischen Staates gefährlich sein würde.“

Da aber die PPS an sozialistischen Doktrinen niemals besonders „gehangen“ hat, könnte man hier sagen: Punktum. Doch es entsteht die natürliche Frage, wer seinen Gegner übertrumpft hat — die deutsche Sozialdemokratie oder die PPS. Diese Frage muß unbedingt beantwortet werden, denn auch die ungarische, die rumänische, die jugoslawische, die französische und die englische Sektion der II. Internationale ringen um die Siegespalme in diesem Wettbewerb von Verrätern, Kapitulanten, Feiglingen und Lakaien. Ja, wem gehört sie aber von Rechts wegen? Diese wahrhaft tragische Frage können wir mit folgender Anekdote beantworten: ein Wagen und ein Schlitten gerieten einst in Streit, wer der bessere sei. Lange wogte der Streit hin und her, bis sie endlich beschlossen, das Pferd zu befragen: „Das Pferd muß ja uns beide ziehen, und wird es daher am besten wissen,“ meinten die Streitenden und fragten: „Wem von uns gehört der Vorzug?“ Das Pferd schaute die Fragenden aufmerksam an, blinzelte mit den Augen und sprach verächtlich: „Du bist ein Aas und du bist ein Aas. Einer ist des andern wert, mag euch beide der Teufel holen . . .“

J. H U M B E R T - D R O Z :
D E R V I E R T E K O N G R E S S D E R
K O M M U N I S T I S C H E N P A R T E I B E L G I E N S

Die Sozialdemokratie besitzt in Belgien eines ihrer festesten Bollwerke. Die Belgische Arbeiterpartei mit ihren Gewerkschaften, Kooperativen, Unterstützungskassen, ihren Volkshäusern ist eine außerordentlich mächtige Organisation, mächtig nicht allein durch die Zahl ihrer Anhänger — 650 000 —, sondern ganz besonders durch die unzähligen Fäden, die sie mit den proletarischen Massen verbinden. Ihrer Ideologie nach ist sie eine der reformistischsten der Zweiten Internationale. Die Politik des Burgfriedens, die sie während des Weltkrieges getrieben hat, verfolgt sie auch in der Nachkriegsperiode. Dank einiger im übrigen sehr kurzer und illusorischer Erfolge, die sie durch ihre Teilnahme an der Regierung für die Arbeiterschaft zu erringen vermochte und die ihr ausgedehnter bürokratischer Apparat äußerst geschickt ausnutzte, um die Köpfe der Arbeiter zu benebeln, kann sie es sich erlauben, die proletarischen Interessen schamlos preiszugeben, ohne befürchten zu müssen, daß ihr die Massen jetzt schon den Rücken kehren.

Neben diesem Koloß erscheint die kleine Kommunistische Partei Belgiens mit ihren 800 Mitgliedern wirklich schwächlich und die Ausbreitung des Kommunismus in Belgien als eine schwer zu lösende Aufgabe. Die Kommunistische Partei Belgiens hat nicht nur gegen die gewaltigen gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Organisationen der Belgischen Arbeiterpartei anzukämpfen, auch das tief in der Mentalität des belgischen Proletariats wurzelnde Einheitsgefühl stellte sich ihr hemmend entgegen. Indem sie sich als Kommunistische Partei organisierten, erschienen die belgischen Jugendorganisationen und die aus der Belgischen Arbeiterpartei hervorgegangene kleine Gruppe um den „Exploité“ herum als Spalter der Arbeiterbewegung. Jahrelang war das in den belgischen Massen tief verankerte Einheitsgefühl, das durch die ganze Organisationstradition der Belgischen Arbeiterpartei eine Verstärkung erfuhr, eines der größten Hindernisse in der Entwicklung unserer Partei. Heute noch führt die Belgische Arbeiterpartei auf diesem Boden einen heftigen Kampf gegen die Kommunisten. Die Kommunistische Partei Belgiens ist ihrerseits den Gefahren und Fehlern, die sich aus ihrer Lage als kleinste Minderheit ergeben, nicht entgangen. Lange Zeit von sektiererischem Geiste durchdrungen, richtete sie ihr Hauptaugenmerk und ihre wesentlichen Bemühungen auf die Erziehung ihrer paar hundert Mitglieder, auf die Propaganda und Agitation, ohne darauf bedacht zu sein, den gewonnenen Einfluß zu organisieren, neue Anhänger zu werben, — ja sie zog nicht einmal alle ihre Mitglieder zur Parteiarbeit heran.

Ungeachtet jedoch ihres schwachen Effektivbestandes und ungeachtet ihrer Irrtümer, die sie zu korrigieren bemüht ist, besitzt die Kommunistische

Partei Belgiens einen Einfluß, der in keinem Verhältnis zu der geringen Zahl ihrer Mitglieder steht, sowie ständig wachsende Sympathien. Es ist dies nicht etwa eine leere Behauptung, um über den Zustand der Kommunistischen Partei Belgiens zu trösten oder sich diesbezüglich irgendwelchen Illusionen hinzugeben. Diese kleine Partei von 800 Mitgliedern hat bei den Parlamentswahlen vom 5. April 1925 in den Kreisen, in denen sie ihre Kandidaten aufstellte, 34 000 Stimmen erhalten. Die Gemeindewahlen vom 10. Oktober 1926 brachten ihr in den 64 Gemeinden, in denen sie den Kampf aufgenommen hatte und die sich auf einem engeren Territorium abspielten als die Parlamentswahlen, 70 000 Stimmen. Zieht man in Betracht, daß die Kommunisten bei den Gemeindewahlen unter bedeutend ungünstigeren Bedingungen zu kämpfen haben als bei Parlamentswahlen, da bei den ersteren lokale und sehr oft auch persönliche Fragen den Ausschlag geben, so wird man angesichts der Abstimmungsziffern nicht umhin können, festzustellen, daß es der Kommunistischen Partei Belgiens gelungen ist, sich einen ständig und rasch wachsenden Einfluß zu sichern. Der wichtige Platz, den die Belgische Arbeiterpartei im Verlauf der letzten Wahlen der antikommunistischen Polemik einräumte, beweist, daß auch die Belgische Arbeiterpartei die Wirkungen der kommunistischen Propaganda fühlt und in ihr eine Gefährdung ihres Einflusses auf die Massen zu erblicken beginnt.

Der wachsende Einfluß der Kommunistischen Partei Belgiens beschränkt sich nicht nur auf die Wahlperioden, er kommt auch in den 6000 Lesern des „Drapeau Rouge“, der Tageszeitung der Partei, zum Ausdruck, ebenso in dem Einfluß, den sie sich in der Gewerkschaftsbewegung zu erobern wußte und von dem die Entwicklung des linken, mit der Fimmenschen Strömung verbundenen Einheitsflügels Zeugnis ablegt. Die reformistischen Führer versuchten die Kommunisten von den in den Gewerkschaften organisierten Arbeitermassen fernzuhalten. Ein Antrag Mertens, der vom Gewerkschaftskongreß angenommen wurde, hat die Amsterdamer Spaltungstaktik durch den Ausschluß der Kommunisten auch in Belgien eingeführt. Obwohl die Zahl der kommunistischen Mitglieder nur eine geringe ist, stoßen die reformistischen Führer bei der praktischen Anwendung des Mertenschen Antrags auf den Widerstand der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und deren Bestreben, die Einheit der Organisation zu wahren. Dieses tief wurzelnde Einheitsgefühl, das seinerzeit der Entwicklung der Kommunistischen Partei hindernd im Wege stand, richtet sich in den Gewerkschaften gegen die Reformisten und zugunsten der Kommunisten, die die Einheit der Gewerkschaften verteidigen. Erst kürzlich, am 2. Oktober 1926, hat der nationale Gewerkschaftskongreß der Angestellten den Ausschluß des Genossen Jacquemotte mit 3912 gegen 1272 Stimmen verworfen. Die linke Einheitsbewegung ist nicht kommunistisch; unsere Partei steht bezüglich verschiedener Fragen in erstem Widerspruch zu der Gruppe der „Unité“ wie auch zu den linken Elementen der Belgischen Arbeiterpartei; aber die Entwicklung einer gewerkschaftlich Linken, sowie das Bestehen einer Linken im Schoße der Belgischen Arbeiterpartei schwächt die gegen unsere Partei gerichtete reformistische Offensive und trägt dazu bei, bedeutende Arbeiterschichten nach links zu drängen, wobei uns die Aufgabe zufällt, sie unserem Einfluß zugänglich zu machen und an unsere Partei zu fesseln.

Der Einfluß, den sich unsere Partei gesichert hat, ist auf die politische

Situation, die der Verbreitung des Kommunismus unter den belgischen Arbeitermassen außerordentlich günstig ist, zurückzuführen.

Die belgischen Proletarier „genießen“ seit mehr als einem Jahrzehnt die Segnungen und Wohltaten des Reformismus und der Klassenzusammenarbeit. Täglich sind sie in der Lage, deren Folgen festzustellen: das Brot ist schwarz und teuer, die Löhne und Gehälter im Verhältnis zu den steigenden Preisen unzureichend und die Streiks und Lohnbewegungen fallen ständig dem Verrat der Gewerkschaftsbürokratie zum Opfer. Die Sozialdemokraten sitzen seit den Wahlen vom April 1925 in der Regierung. Das Charakteristikum dieser Wahlen war die scharfe Linksschwenkung der Arbeitermassen, Kleinbürger und Bauern, die ihre Unzufriedenheit mit der inflatorischen und arbeiterfeindlichen Politik der katholisch-konservativen Regierung zum Ausdruck brachten. Die in der Regierung mit den christlichen Demokraten alliierte Belgische Arbeiterpartei hat sich als unfähig erwiesen, der Politik der Finanz- und Industriemagnaten zu widerstehen. Nachdem die Sozialdemokratie die Inflationspolitik und Frankenentwertung weiter verfolgte, deren unmittelbares Resultat eine bedeutende Steigerung der Preise, die Verminderung des Reallohns und die Verarmung des Kleinbürgertums war, und nachdem ihr erster Versuch einer Frankenstabilisierung, dessen Kosten die Massen zu tragen hatten, mißglückte, erneuerte sie unter der Aegide der Bankiers, die sie zu bekämpfen versprochen hatte, den Burgfrieden mit den von ihr 1925 geschlagenen Katholisch-Konservativen und Liberalen „zur Verteidigung des Franken“. Sie billigten und verteidigten vor den Massen die Maßnahmen, vermittels welcher die Bourgeoisie sich bemühte, die Lasten der Stabilisierung des Franken auf die Massen abzuwälzen: schwere indirekte Steuern, Uebergabe der Staatseisenbahnen und anderer öffentlicher Einrichtungen in die Hände des Privatkapitals, Preissteigerung usw. Die Bemühungen der Arbeiter, eine Erhöhung ihrer Löhne zu erreichen, zerschellen an dem Widerstand der Industriellen und an der Sabotage ihrer Lakaien, der reformistischen Führer.

Ungeachtet dessen, daß die Sozialdemokratie alle ihre Täuschungsmanöver in Szene gesetzt hat, um den Arbeitern die Verrätereien als Erfolge der Arbeiterklasse hinstellen zu können, beginnen die Massen zu erkennen, daß sie das Opfer eines großangelegten Schwindels sind und daß die Belgische Arbeiterpartei sich zur Verbündeten ihrer Feinde gemacht hat. Daher ist die politische Situation der Propaganda und Agitation unserer Partei günstig.

Unter solchen Bedingungen tagte Anfang September der 4. Kongreß der Kommunistischen Partei Belgiens.

In ihrem politischen Bericht unterwirft die Parteileitung, nach einer Analyse der politischen und ökonomischen Situation des Landes, die ganze Tätigkeit der Partei einer durchdringenden Selbstkritik, wobei sie schonungslos alle ihre Fehler und Schwächen enthüllt: Mangelhafte politische Führung in bezug auf die Aufgaben des Tages und den wachsenden Einfluß der Partei, Nichtexistenz einer Organisation, die fähig wäre, die sympathisierenden Massen und kommunistischen Wähler an die Partei zu fesseln, gefährliches Mißverhältnis zwischen der Zahl der Parteianhänger und dem Einfluß der Partei auf die Massen, mangelhafte Heranziehung der gesamten Parteikräfte zur politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit.

Neben diesen schwerwiegenden Organisationsfragen, von deren Lösung die ganze künftige Entwicklung der Partei abhängt, hatte der Kongreß verschiedene andere Fragen zu beleuchten, vor allem die Frage der gewerkschaftlichen Taktik, seine Beziehungen zu der „Einheitsgruppe“, seine Stellungnahme zu den Ausschließungen der „Arbeitsritter“ (Chevaliers du Travail), dann auch seine Stellung gegenüber dem Faschismus und den antifaschistischen Kampfformationen der Belgischen Arbeiterpartei, seine Taktik gegenüber der Nationalbewegung der Flamen, seine Stellung gegenüber der „Linken“ der Belgischen Arbeiterpartei usw.

Hat der Kongreß der Partei auf diese Fragen eine unzweideutige Antwort und klare Direktiven gegeben, ist er sachlich und konkret an diese Aufgaben herangetreten?

Ohne zu zögern, muß geantwortet werden: nein!

Trotz der Tatsache, daß der Kongreß die Schwächen der Partei feststellte und daß der Brief des Vorsitzenden der Internationale mit Nachdruck auf die Probleme hinwies, die die Achse des Kongresses bilden mußten, wurde zwei Tage lang über Einzelheiten debattiert, ohne daß auch nur der Versuch gemacht wurde, eine praktische Lösung von Parteifragen herbeizuführen. Der politische Bericht mit seiner ausgezeichneten Selbstkritik wurde angenommen, aber nicht eine einzige Maßnahme wurde ergriffen, um die Mängel abzustellen; über den Gewerkschaftsbericht erfolgte keine Diskussion, die bei der gegenwärtigen Lage so wesentlichen Organisationsfragen wurden bis zum nächsten Kongreß vertagt. Die Bilanz dieses Kongresses muß als schlecht bezeichnet werden.

Eine Reihe von Rednern hat weiterhin den Nachweis geführt, daß das Sektierertum in der Partei noch nicht gänzlich überwunden ist. Das einzige von ihnen empfohlene Mittel war die Erziehung der 800 Parteimitglieder. Eine zweifellos notwendige Aufgabe, die aber zur Stunde nicht die wichtigste ist, nicht die Aufgabe, auf die sich die Arbeit der Partei zu konzentrieren hat.

Das Resultat der Gemeindewahlen, das einen neuen wichtigen Sieg der Partei bedeutet, enthüllt gleichzeitig die sie bedrohende Gefahr, falls die dem Kongreß vorgelegten und von diesem unbeantwortet gelassenen Fragen nicht in kürzester Zeit einer praktischen Lösung entgegengeführt werden. Die Partei besitzt in 64 Gemeinden 70 000 Wähler. Es sind dies Arbeiter, die die Sozialdemokratie enttäuschte und die unsere großzügige und gute Agitation erfaßt hat. Aber die Partei weiß nicht, wer die Tausende von Sympathisierenden sind, die unsere Aktion schon von der mächtigen sozialdemokratischen Tradition losgelöst hat. Nur 1 Prozent ist in unserer Partei organisiert, kaum 10 Prozent lesen unsere Presse, die Partei ist ohne jede Verbindung mit den übrigen 90 Prozent. Sie weiß nicht, sie außerhalb der Wahlen zu finden und sie zu Massenaktionen heranzuziehen, zur Gewerkschaftstätigkeit, um neue wichtige Schichten der Arbeiterklasse zu erobern.

Wenn morgen die Belgische Arbeiterpartei in eine demagogische Opposition tritt, kehren diese Massen, die sich unserer Kontrolle entziehen und mit denen wir ohne organische Verbindung sind, wieder zur Sozialdemokratie zurück. Schon im Laufe der Wahlkampagne hat Vandervelde deutlich zu verstehen gegeben, daß die Belgische Arbeiterpartei nach der sich in

aller Hast vorbereitenden Stabilisierung des Franken nicht die Absicht habe, die Regierungskoalition aufrecht zu erhalten. Das Resultat der Gemeindewahlen wird die reformistischen Führer ohne Zweifel endgültig von der Notwendigkeit, in Opposition zu treten, überzeugen, wenn sie nicht zu Gunsten des Kommunismus ihren Einfluß verlieren wollen.

Man muß sich daher auf einen Wechsel in der Politik der Belgischen Arbeiterpartei gefaßt machen und auf eine große demagogische Kampagne, die ihren Austritt aus der Regierung des Burgfriedens nach Stabilisierung des Franken begleiten wird. Was wird dann von unserer ganzen Agitation übrig bleiben, wenn die Kommunistische Partei die Bresche, die sie in die sozialdemokratische Festung gelegt hat, nicht behauptet, wenn sie ihren Einfluß auf die Wähler nicht organisiert, um sie auch außerhalb der Wahlperioden in Bewegung setzen zu können. Zur Stunde ist es nicht die wichtigste Aufgabe, die 800 Mitglieder der Kommunistischen Partei zu erziehen. Wichtiger ist die Organisation eines breit angelegten Feldzuges zur Werbung neuer Mitglieder, das Bestreben, die Zahl der Abonnenten und Leser des „Drapeau Rouge“ zu verdoppeln und zu verdreifachen durch Verbesserung seines Redaktionsapparates und durch seine Umwandlung in ein wirkliches Tagesorgan der proletarischen Massen.

Wir wissen, daß die Tradition der Organisation des Belgischen Proletariats der individuellen Werbung nicht günstig ist. Die Arbeiter sind Mitglieder der Belgischen Arbeiterpartei infolge der kollektiven Zugehörigkeit ihrer Gewerkschaften, ihrer Kooperative, ihrer Hilfskassen. Aber dieses Argument, das unsere Genossen so gerne ins Feld führen, versagt gegenüber dem ständig wachsenden Abstand zwischen der Mitgliederzahl der Partei und der Zahl ihrer Wähler und angesichts der Tatsache, daß die Partei weder dauernde Anstrengungen macht, neue Mitglieder zu werben noch zu organisieren. Dieses Argument wird zum Ruhekitzen der Faulheit, es ist die spanische Wand, hinter der sich die Reste eines Sektierertums und die Unzulänglichkeit und Passivität des parteilichen Organisationsapparates verbergen.

Andererseits ist es offensichtlich, daß, wenn auch die Tradition der kollektiven Organisation der Belgischen Arbeiterpartei ein Hindernis für die individuelle Werbung darstellt, sie doch keineswegs ein Hindernis ist für die Ausbreitung der Parteipresse. Die Partei muß nach Mitteln suchen, die ihr entgegenkommenden Massen an sich zu fesseln. Diese Hauptfrage, die der Kongreß unbeantwortet gelassen hat und die täglich an Bedeutung gewinnt und immer unabweislicher wird, ruft eine Reihe neuer, nicht minder dringender Fragen hervor: eine wirkliche Kollektivleitung der Partei, die eine methodischere und beständigere politische Aktivität erlauben würde, eine gänzliche Umgestaltung des mangelhaften Organisationsapparates, die Schaffung einer Organisationskommission oder -abteilung, eine Verbesserung des Redaktionsstabes und seine engere Anlehnung an die Kollektivleitung der Partei, das Handinhandgehen der Agitations- und Organisations-tätigkeit, die Ausnutzung der Gesamtkräfte der Partei und die Heranziehung neuer Elemente zur politischen und gewerkschaftlichen Arbeit; endlich die Lösung gewerkschaftlicher Fragen und die Mobilisierung der kommunistischen Wähler für die Arbeit in den Gewerkschaften.

Die Parteileitung, die ihre Schwäche erkannt und vor dem Kongreß ein-

gestanden hat, muß, da der Kongreß zu keiner Lösung gelangte, selbst die erforderlichen praktischen Maßnahmen ergreifen, um schnellstens Remedur zu schaffen. Sie muß jenen konkreten Aktionsplan aufstellen, den sie dem Kongreß als Schlußfolgerung der von ihr formulierten Kritik hätte unterbreiten müssen. Die Selbstkritik ist fruchtlos, wenn sie nicht unverzüglich zu praktischen Maßnahmen führt, die die Schwächen beseitigen.

Der Kongreß hat bezüglich der russischen Frage eine Tagesordnung angenommen, die vermerkt werden muß, da sie eine neue Stellungnahme der Kommunistischen Partei Belgiens zu den russischen Fragen zum Ausdruck bringt. Der Antrag billigt die vom ZK der russischen Partei beschlossenen Disziplinarmaßnahmen und wirft die Frage der Mitgliedschaft des Gen. Sinowjew im Präsidium der Kommunistischen Internationale auf. Die Frage des Anglo-Russischen Komitees und der internationalen Gewerkschaftseinheit, die eng mit dieser verbunden ist, hat dazu beigetragen, sie in einem der politischen Stellung Trotzki's entgegengesetzten Sinne zu orientieren. Ihre eigene Erfahrung in der belgischen Gewerkschaftsbewegung hat sie erkennen lassen, daß die von der russischen Opposition in den internationalen Fragen vertretene Taktik nicht den konkreten Verhältnissen der westlichen Arbeiterbewegung entspricht und die Entwicklung der kommunistischen Bewegung aufs schwerste gefährden und das Wachsen ihres Einflusses auf die zu ihr hinstrebenden Massen aufhalten würde.

ZUR VORBEREITUNG DES ERWEITERTEN PLENUMS DES EKKI

Mitte November tritt das 7. Erweiterte Plenum des EKKI zusammen. Zur Vorbereitung der Fragen zu diesem Plenum hat das Präsidium des EKKI eine große politische Kommission eingesetzt, die ihrerseits aus 10 Unterkommissionen besteht: Ueber Stabilisierung des Kapitalismus, zum Stadium der neuen Erscheinungen der Arbeiterbewegung, über Kolonialfragen, über Gewerkschaftsfragen, über Agrarfragen, über den Kampf gegen die Kriegsgefahr, zum Studium der Lehren des englischen Streiks, über innere Sektionsfragen, über die Lage in der USSR, über den Kampf gegen den Faschismus.

Im folgenden geben wir eine Schilderung der Vorbereitungsarbeiten der wichtigsten Kommissionen:

1. Kommission über die Stabilisierung.
2. Kommission über die Kriegsgefahr.
3. Gewerkschaftskommission.
4. Unterkommission über Fragen der Struktur der Arbeiterklasse und des Aktionsprogramms der kommunistischen Parteien.

Kommission zum Studium der Stabilisierungsfrage

Die Schwankungen innerhalb der kommunistischen Reihen in bezug auf die Einschätzung der wirtschaftlichen Weltlage und der relativen Stabilisierung haben die Einsetzung einer Wirtschaftskommission als Vorbereitungskommission für einen Teil der Arbeiten des Plenums notwendig gemacht. Die Hauptaufgabe dieser Kommission wird also darin liegen, eine konkrete Analyse des Standes der relativen Stabilisierung der Weltwirtschaft zu geben mit gleichzeitigem Aufzeigen der weiteren Tendenzen der relativen Stabilisierung.

Um diese Frage lösen zu können, ist natürlich die Ueberprüfung einer Reihe anderer Fragen notwendig: Darstellung der Entwicklung der Weltwirtschaft auf Grund der Entwicklung verschiedener Wirtschaftstypen, z. B. des amerikanischen Wirtschaftstypus, des wieder in sich zu gliedernden europäischen, des kolonialen, des überseeischen und des sozialistischen (USSR) Wirtschaftstypus. Nach der Untersuchung dieser Frage folgt die Frage über das Wesen der Krise der Weltwirtschaft überhaupt. Damit verbunden ist dann die Untersuchung über die Stabilisierungsversuche, die die kapitalistische Wirtschaft aus sich heraus unternommen hat (Dawes-Plan, internationale Kreditgewährung Amerikas, Vertrustung, Rationalisierung, neue Wirtschaftsgruppierungen). Mit dieser Untersuchung ist die Untersuchung über die Entwicklung der neuen Gegensätze und Widersprüche verbunden, wodurch ein Teil der Fragen über den konkreten Stand und die Tendenzen der relativen Stabilisierung beantwortet werden könnte.

Bei der Diskussion in der Kommission und in den Unterkommissionen

haben sich natürlich über das Wesen und den konkreten Stand der Stabilisierung verschiedene Nuancen gezeigt. Neben der stärkeren Betonung der Schwäche und Kurzfristigkeit der relativen Stabilisierung ist natürlich auch die entgegengesetzte Anschauung auf Grund der neuesten Wirtschaftsverhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland und Deutschland und England zu bemerken. Weiter ist das Bedürfnis in der Diskussion aufgetaucht, den Begriff der relativen Stabilisierung stärker theoretisch zu fundieren, ihn entweder in Verbindung zu bringen mit der Marxschen Theorie der Zyklen oder zumindest mit den auf- und absteigenden spezifischen Konjunkturbewegungen in der Weltwirtschaft nach dem Kriege.

In den nunmehr eingesetzten Arbeitsgruppen werden die verschiedenen Anschauungen bearbeitet, um auf Grund einer eingehenden Diskussion innerhalb der Gesamtkommission eine kollektive Meinung auszuarbeiten.

R. S.

Kommission über die Kriegsgefahr

Die Kommission zur Erörterung der internationalen politischen Lage und der Kriegsgefahr hat in ihrer ersten Sitzung ihren Arbeitsplan besprochen auf Grund eines Entwurfes, in dem die gegenwärtig überall entstehenden Antagonismen zwischen den einzelnen Staaten ausführlich aufgezählt sind.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß diese Antagonismen mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen Prozessen der kapitalistischen Welt im Zusammenhang gebracht werden sollen und daß die Kommission, um sie besser beleuchten zu können, mit der Kommission über die Teilstabilisierung des Kapitalismus in Fühlung zu treten hat. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß die in Europa entstehenden neuen Gruppierungen und Abkommen (französisch-deutsches Abkommen, englisch-italienisches Abkommen u. a. m.) nicht als endgültige, einander feindliche Gruppierungen zu betrachten sind, sondern als solche, die nur in der Entstehung begriffen sind, als bestimmte politische Tendenzen, die bei ihrer Verwirklichung auf zahlreiche Hindernisse stoßen. Ferner wurde ausgeführt, daß alle internationalen Antagonismen in drei Hauptgruppen geteilt werden müssen: 1. Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Welt. 2. Gegensätze zwischen den verschiedenen kapitalistischen Staaten einerseits und den Kolonien und Halbkolonien andererseits. 3. Gegensätze zwischen der ganzen kapitalistischen Welt und der USSR. In diesem Zusammenhang wurde der Hinweis gemacht, daß man bereits heute mit der Möglichkeit einer Revolution, als Resultat eines neuen imperialistischen Krieges zwischen den kapitalistischen Mächten zu rechnen habe. Daher ist die Gruppe der mit dieser möglichen Perspektive zusammenhängenden Fragen zu studieren, die Perspektiven der unmittelbaren Weltrevolution sind jedoch hierbei keineswegs in den Hintergrund zu drängen. Endlich hat die Kommission die Frage internationaler proletarischer Solidaritätsaktionen gegen die Kriegsgefahr erörtert. Dabei wurde hingewiesen: 1. Auf die Notwendigkeit, die Erfahrungen der internationalen Solidaritätsaktionen in Verbindung mit dem englischen Streik in Rücksicht zu ziehen, die Ursachen ihrer Mangelhaftigkeit aufzudecken und Maßnahmen zur Verstärkung solcher Aktionen im Falle einer Kriegsgefahr auszuarbeiten. 2. Auf die Notwendigkeit, die interventionistischen

Bestrebungen der Sozialdemokratie in bezug auf die USSR in Betracht zu ziehen, da diese Bestrebungen trotz pazifistischer Redensarten oft die interventionistischen Gelüste der Bourgeoisie (z. B. in Deutschland und Polen) übertreffen.

Zum Schluß beschloß die Kommission, ihre Arbeit zwischen drei Gruppen zu teilen. Die erste Gruppe wird sich mit der Sammlung von Material über die Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Welt, sowie über die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten und der USSR, zwischen diesen Mächten und den Kolonien befassen. Die zweite Gruppe wird Material sammeln über Kriegsvorbereitungen in den kapitalistischen Staaten. Die dritte Gruppe wird sich mit den internationalen Solidaritätsaktionen des Proletariats beschäftigen, der Kampf gegen die II. Internationale mit inbegriffen.

Die Gewerkschaftskommission

Die Kommission hat sich in ihrer ersten Sitzung mit der Besprechung der allgemeinen Lage der internationalen Gewerkschaftsbewegung befaßt. Die Rationalisierung der Produktion sowie die Veränderungen in der Struktur der Arbeiterklasse, die im letzten Jahre vor sich gegangen sind, stellen der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeit der kommunistischen Parteien in den Gewerkschaften eine Reihe neuer Aufgaben. Durch die Rationalisierung wird in der ersten Zeit die Widerstandskraft der Arbeiterklasse geschwächt, da die Arbeitermassen durch die Angst vor der Arbeitslosigkeit eingeschüchtert werden. Gleichzeitig damit vollzieht sich innerhalb der Arbeiterklasse eine Nivellierung — die qualifizierten Arbeiter werden durch die ungelerten und halbgelernten Arbeiter zurückgedrängt. Auf diese Weise verliert der europäische Reformismus den Boden unter den Füßen, während sich innerhalb der Arbeiterklasse eine Polarisierung vollzieht: einerseits — treten in Europa starke Tendenzen zu einer „Amerikanisierung“ der Arbeiterbewegung in Erscheinung, — andererseits vollzieht sich ein elementarer Linksabmarsch der breiten Arbeitermassen von unten.

Die neuen Formen des Vorstoßes der Kapitalisten gegen das Proletariat haben die Klassenaktivität der Amsterdamer Internationale nicht nur nicht erhöht, sondern haben, umgekehrt, eine verstärkte Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften mit dem bürgerlichen Staat und den Unternehmerorganisationen hervorgerufen. Die Amerikanisierung der Produktion geht Hand in Hand mit der Amerikanisierung der Gewerkschaften, wobei in einzelnen Ländern Versuche gemacht werden, Unternahmergewerkschaften einzuführen, während sich die Gewerkschaftsbürokratie in anderen Ländern derart amerikanisiert hat, daß sie von selbst den neuen Anforderungen seitens der europäischen Bourgeoisie nachkommt.

Diese Einheitsfront der Gewerkschaften und der Unternehmer auf dem Boden der Rationalisierung führt zu einer Verschärfung des Kampfes innerhalb der Gewerkschaften, zu einem Wachstum der linken Strömungen und zu einer Reihe von spontanen Streikbewegungen gegen die Gewerkschaftsführer, in denen die Kommunisten in der Regel eine hervorragende Rolle spielen.

Gleichzeitig hat sich in der Spitze der Amsterdamer Internationale, auf

Kosten der Krise und der Schwächung des anglo-russischen Einheitskomitees, eine gewisse Konsolidierung vollzogen.

Aber die Krise des anglo-russischen Einheitskomitees bedeutet weder eine Krise in den gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Proletariat der USSR und Englands noch eine Krise der Taktik der Einheitsfront. Die Verbindung zwischen den englischen und sowjetrussischen Massen hat sich gefestigt. Die Taktik der Einheitsfront und der Einheit muß bedingungslos beibehalten werden.

Die Aufgaben der Profintern unter den neuen Verhältnissen lassen sich deshalb kurz wie folgt formulieren:

1. Erbitterter Kampf um die Einheitsfront und die Arbeiter;
2. Organisierung der Arbeiter in neuen Ländern (Indien, China, Indonesien, Japan, Süd-Amerika u. a.);
3. Verstärkung des Kampfes um die Industrieverbände im nationalen und internationalen Maßstab;
4. Arbeit zur Heranziehung der Emigrantenmassen zur Gewerkschaftsbewegung;

5. Ausarbeitung der Fragen der Streikstrategie usw.

Eine besondere Aufmerksamkeit muß das Problem der Führung in der Gewerkschaftsbewegung, im Zusammenhang mit den Versuchen zur Amerikanisierung der europäischen Gewerkschaftsbürokratie einnehmen.

Die Kommission hat in ihrer ersten Sitzung zu dieser allgemeinen Lage Stellung genommen und fünf zentrale Fragen in den Vordergrund gerückt, die zum Erw. Plenum durchgearbeitet werden müssen:

- a. Die Erfahrungen im Kampfe um die Einheit in den größten kapitalistischen Ländern: Frankreich, Tschechoslowakei, England, Deutschland usw.
- b. die Gewerkschaftsarbeit der Kommunistischen Parteien;
- c. die Arbeit der oppositionellen Fraktionen in den reformistischen Gewerkschaften;
- d. die (als Protest gegen die Sabotage der Reformisten in den Ländern des faschistischen Terrors usw.) spontan entstehenden Arbeiterorganisationen, wie z. B. die Arbeiterkomitees in Italien usw.;
- e. die Rationalisierung und die neue Struktur des Proletariats.

*Die Arbeit der Unterkommission über die Fragen der Struktur
der Arbeiterklasse und der Aktionsprogramme der
Kommunistischen Parteien*

Das 6. Erweiterte Plenum des EKKI hat in seinen Verhandlungen und in der politischen Resolution den Fragen über die neuen Erscheinungen in der internationalen Arbeiterbewegung besondere Aufmerksamkeit zugewendet.

Die Periode seit dem letzten Plenum hat bewiesen, daß die Kennzeichnung der neuen Erscheinungen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung richtig gewesen ist, und insbesondere der englische Streik hat deutlich gezeigt, daß die Komintern den Grundzug der gegenwärtigen Entwicklung, den Zug nach links innerhalb der Arbeiterbewegung, richtig erkannt hatte.

Die konkrete Untersuchung der linken Strömungen in den einzelnen Län-

dern wird insbesondere die in der Gewerkschaftsbewegung zutage tretende Linksentwicklung ins Auge fassen müssen. Damit im Zusammenhang stehen die Erfolge und auch die Mißerfolge bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik: Gerade die Periode seit dem letzten Plenum zeigt in einer Reihe von Ländern (in England im Zusammenhang mit dem Bergarbeiterstreik, in Deutschland durch den Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung und durch den Hamburger Streik, in der Tschechoslowakei in der Zollkampagne) bedeutende Erfolge der Einheitsfronttaktik, deren Ergebnisse genau geprüft werden sollen.

Eine weitere Fragensgruppe, die diese Unterkommission beschäftigt, sind die Folgen des Rationalisierungsprozesses auf die Arbeiterklasse und die besonderen Erscheinungen, die die Stabilisierung des Kapitalismus in den einzelnen Ländern für die Arbeiterbewegung hervorbringt.

Die Unterkommission wird sich dann auch mit den Einzelfragen beschäftigen müssen, die bisher noch nicht hinreichend geklärt worden sind, so z. B. die wirtschaftlichen Voraussetzungen der „amerikanischen Methoden“ in der Arbeiterbewegung, die Tendenz der Faschisten, mit Hilfe ihrer Gewerkschaftsgesetzgebung einen neuen Zunftstaat zu schaffen, usw.

Einen breiten Raum muß auch die Beschäftigung mit den Tendenzen, mit der Entwicklung der kolonialen Arbeiterbewegung zugewiesen werden, die nicht nur in China, sondern auch in Indonesien und Indien immer mehr eine maßgebende politische Rolle zu spielen scheint.

Die Kommunistischen Parteien fast aller Länder haben auf dem Gebiete des Kampfes um die Teilforderungen und der Ausarbeitung von Aktionsprogrammen schon reichliche Erfahrungen. Die Tatsache, daß in verschiedenen Ländern in verschiedenen Zeitabständen sich ähnliche Erscheinungen wiederholen, machen den Austausch der Erfahrungen auf diesem Gebiete notwendig, den die Unterkommission vorbereiten wird.

I. T. MURPHY: ANGELL'S DILEMMA*

Eine schöne Geschichte! Es ist wieder einmal ein Engel vom Himmel gefallen und hat etwas zusammengeschmiert. Und zwar handelt es sich um einen wirklichen Engel, von hervorragender kleinbürgerlicher Marke, der im Auftrag der Labour Party mit gebrochenen Flügeln herumflattert. Es ist nicht das erstemal, daß dieser arme Engel zu Fall kommt. Noch kurze Zeit vor dem Kriege 1914 betätigte er sich als literarischer Musikant und gab sein Lied über die „Große Illusion“ zum besten. Es hörte sich ganz ausgezeichnet an, wie er da so sang — „der Krieg bringt nichts ein“, und wie dann doch die Kapitalisten anderer Anschauung waren und der Krieg ausbrach. Damit verstummte das Lied. Lange Zeit war auch von dem Sänger nichts mehr zu hören, bis er eines schönen Morgens 1922 aus dem Himmel der Betrachtung ausgestoßen wurde und auf England herunterfiel — mitten auf den Weg nach Moskau. Er hatte sich sehr weh getan und irgendein gütiger Verleger warf ihm Trotzki's Buch „Wohin treibt England?“ hin, über das er sich trotz seiner Engelnatur lebhaft aufregte. Er begann mit lauter Stimme zu schreien: „Muß England die Bahn Moskaus wandeln?“ Dann versuchte er auf die Frage eine Antwort zu geben und schrieb ein Buch.

Herr Macdonald schrieb eine Rezension über dieses Buch und dasselbe tat Herr I. L. Garvin. Mit einem Wort: es wurde ungeheuer angepriesen in der bürgerlichen Presse und galt allgemein als die „vernichtende“ Antwort der Labour Party an die Kommunisten. Was aber besagt nun dieses Buch? Zunächst:

„Man übersieht die Tatsache, daß die Leitung bzw. die Tendenz der Arbeiterbewegung weit weniger durch ihre eigenen Führer, durch ihre Agitatoren und ihre Politik bestimmt wird als durch ihre Gegner — die konservativen Führer, das konservative Publikum, die klassenbewußten Unternehmer und deren Politik, sowie die Verhältnisse, die sich aus der Politik dieser letzteren ergeben.“ (Seite 18.) „Man stelle sich, mit anderen Worten, vor (und dazu bedarf es keiner allzu großen Einbildungskraft), daß das Fehlen einer regierungsfähigen Oppositionspartei dazu führen müßte, daß die konservative Regierung zunehmend unnachgiebig und im steigenden Grade unter die ausschließliche Herrschaft der eisenstirnigen Elemente geraten wird, die sie mehr und mehr zu solchen Verrücktheiten, wie die Verfolgung kommunistischer Redakteure treiben, und zwar ausgerechnet zu einer Zeit und unter Umständen, unter denen ein solcher Schritt den bereits unbedeutend gewordenen kommunistischen Einfluß wieder beleben muß. Die Bildung von faschistischen Vereinen, zu einer Zeit, in der die Entwicklung des Faschismus unvermeidlich das Gegengewicht einer zunehmenden revolutionären Gärung auslösen muß, ist eine weitere dieser Verrücktheiten. Mit anderen Worten: Man denke sich hinein in die damit möglich werdende Entwicklung.“ (Seite 20.)

Aber es gibt noch eine andere Alternative und andere Möglichkeiten . . .

„Noch auf etwas Anderes muß außerdem hingewiesen werden, nämlich darauf, daß jene, denen das gegenwärtige System Macht und Ansehen verleiht, bereit sind, jede Veränderung zu akzeptieren, die mit Bestimmtheit das Los des Volkes als Ganzes zu bessern vermag.“ (Seite 28.)

Geht nun dieser himmlische Freund des „Friedens“, nachdem er diese wahren „Möglichkeiten“ gezeigt und den Arbeitern die möglichen Mittel aufgezählt hat, durch die eine Revolution vermieden werden kann, geht nun dieser himmlische Freund des „Friedens“ auch gleich dazu über, den Nachweis dafür zu führen, daß die Kapitalistenklasse wirklich bereit und willens ist, „jede Veränderung zu akzeptieren, die mit Bestimmtheit das Los des Volkes als Ganzes zu bessern vermag“.

* „Muß England die Bahn Moskaus wandeln?“ Von Norman Angell.

Er denkt gar nicht daran. Vielmehr geht er dazu über, uns auseinanderzusetzen, daß einerseits die Stellung Englands durchaus ungefährdet sei, daß der englische Kapitalismus mit keinerlei Problemen zu kämpfen habe und daß der Niedergang der englischen Vormachtstellung der Welt übertrieben worden sei. Andererseits versucht er, der Allgemeinheit eine Vorlesung zu halten über die Vorteile eines hervorragenden hohen Standes der Lebenshaltung. Er erzählt uns, „daß ein hoher Stand der Lebenshaltung unentbehrlich ist für die Qualität der Arbeit und den Grad der Aktivität, wie sie durch eine hohe Anforderung an die Produktivität bedingt sind“. Es ist sonderbar, daß die englische Bourgeoisie aus all dem so gar nichts gelernt hat! Bestimmt wußte sie von der Existenz des Herrn Ford und den Tugenden des amerikanischen Kapitalismus, noch bevor dieser Mittelstandselge sie darauf aufmerksam machte! Was, zum Teufel, kann sie also veranlaßt haben, ausgerechnet die entgegengesetzte Politik einzuschlagen? Warum in aller Welt hatte sie nicht schon längst ein Ohr für diese himmlische Botschaft und warum ließ sie sich nicht davon abhalten, den Generalstreik und die bereits sechs Monate dauernde Aussperrung im Bergbau zu provozieren und eine Senkung der Löhne zu fordern? Ueber all das sagt dieser Engel nichts. Er macht einfach Propaganda für den Fordismus und glaubt, daß er etwas entdeckt hat, was den englischen Kapitalisten bis jetzt nicht bekannt war. Nachdem er auf diese Weise für die Tugenden Amerikas Reklame gemacht hat, erklärt er wörtlich:

„Es ist überaus leicht, Mittel und Wege zu zeigen, die es ermöglichen, die Wirtschaftsorganisation der Welt auf eine festere Grundlage zu stellen.“ „.... Aber alle durchgreifenden, weittragenden und wirklich wirksamen Maßnahmen stoßen sofort auf die Schwierigkeit, die darin besteht, daß sie nicht die leiseste Aussicht besitzen, von den unter dem Einfluß der bekannten öffentlichen Meinung stehenden Völkern angenommen und durchgeführt zu werden . . .“

Und weiter: gibt uns dieser Engel nun eine Analyse der Lage und bringt er irgendwelche Hinweise darauf, was geschehen muß? Wir werden das gleich sehen. Er sagt uns, daß wir zur Politik der Kriegszeit zurückkehren sollten, die, wohlgermerkt, Sozialismus gewesen sei. Er führt aus:

„Wenn man vorschlagen wollte, um des Friedens willen genau dieselben Methoden fortzusetzen, zu denen wir so gerne während des Krieges unsere Zuflucht nahmen, so würde man plötzlich entdecken, daß das Sozialismus war, und wir müssen dann nicht nur dazu übergehen, im ganzen Lande die Organisationen der Kriegszeit aufzulösen, sondern wir würden uns auch jeder realen Erwägung darüber verschließen, inwiefern die Kriegsmethoden auf die Bedürfnisse des Friedens angewandt werden können.“ (Seite 68.)

Er gerät dann ganz aus dem Häuschen über die Fruchtlosigkeit seiner Predigten und erklärt:

„Wenn die herrschende Klasse nicht dazu bereit ist, jetzt ebenso zu opfern, wie während des Krieges, und wenn wir nicht ebenso ehrlich unseren Teil zum Ganzen beitragen und in ehrlicher Weise alles versuchen, das die Aussicht eröffnet, eine wirkliche Abhilfe zu schaffen, und wenn sich die herrschenden Klassen nicht in ihrem innersten Gewissen sagen können, daß sie das tun — dann wird die Revolution nicht mehr lange auf sich warten lassen.“

Nachdem er zu einer derart verzweifelten Schlußfolgerung gekommen ist, fällt es ihm plötzlich ein, einen neuen Rekord zu schlagen, und er geht dazu über, die Gefahr des Bürgerkrieges, an Hand von Trotzki's Buch, erneut zu behandeln, mit dem Ziel, so möchte man annehmen, es gehörig abzuschlachten, namentlich soweit es sich um seine Anwendung auf England handelt. Aber wir hegen allzu übertriebene Erwartungen. Anstatt die sozialen Verhältnisse Englands einer wissenschaftlichen Untersuchung zu unterziehen und den Nachweis zu führen, daß sich der englische Kapitalismus durch höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und eine allgemeine Einführung des Fordismus erholen kann, versucht er aufzuzeigen, daß es in Rußland überhaupt keine Revolution gegeben hat, oder daß wenigstens das, was von der Revolution geblieben ist, nahezu ausgelöscht sei. Auf diese Weise will er beweisen, daß Trotzki unrecht hat. Er erklärt, daß es keine Diktatur des Proletariats in Rußland gebe, daß der Privatkapitalismus glänzend floriere und daß infolgedessen das ganze Argument des Buches von Trotzki, das den Nachweis der Unvermeidlichkeit des Bürgerkrieges führen soll, daneben haut. Er zitiert Farbmann, den

menschewistischen Korrespondenten des konservativen Blattes „The Observer“, und eine ganze Anzahl konterrevolutionärer Quellen, um zu beweisen, daß die russische Revolution abgeschlossen sei und daß der Bolschewismus sich in nichts aufgelöst habe. Und zwar entwickelt er dabei einen solchen Eifer, daß wir uns wundern, warum in aller Welt die kapitalistischen Regierungen des ganzen Erdballs eine derart tödliche Angst vor Moskau haben und warum er selbst so furchtbar beunruhigt ist über die Bahnen Moskaus. Wir brauchen aber auf diesen Teil seiner Argumente nicht einzugehen, da nur ein ganz blöder Mensch solche Argumente aufstellen kann. Wenn wir uns das Buch nochmals genau ansehen und prüfen, was es den englischen Arbeitern gegenwärtig zu geben hat, so finden wir folgende Stelle:

„Es liegt durchaus in der Macht der Arbeiter, ohne jedwede blutige Revolution oder Erstürmung von Barrikaden mit den bereits in ihrem Besitz befindlichen Mitteln zu siegen, falls es ihnen überhaupt daran liegt, diese Hochburg einzunehmen. Ein ganz geringer Akt täglicher Disziplin seitens jedes einzelnen Arbeiters — der Entschluß, an Stelle der jetzt gehaltenen Zeitung eine andere zu lesen und in der Frühe, wenn er zur Arbeit geht, zuerst nach dem „Labour Daily“ zu greifen, würde den größten Teil dieser ungeheuren Macht und dieser enormen Hilfsquellen von der Seite des Kapitals auf die Seite der Arbeiter bringen . . .“

Also: Lest den „Daily Herald“! Dann braucht ihr keine Revolution; Dann braucht ihr nicht den Weg nach Moskau! — Das sichert den Kapitalismus gegen die bolschewistische Invasion!!!! Die von kommunistischen Renegaten geleitet wird!!! Ha! Ha! Ha!

DIE NEUE RUSSISCHE LITERATUR

DEMJAN BJEDNY: DIE HAUPTSTRASSE

32 Seiten, Preis 0,50 Mark.

PAWEL DOROCHOW: GOLGATHA

151 Seiten, Preis 1,20 Mark. „Ein Buch, wie es die revolutionäre und proletarische Literatur bisher nicht aufzuweisen hat.“ Franz Jung.

P. E. DYBENKO: DIE REBELLEN

140 Seiten, Preis 1,20 Mark. Die Rebellen, das sind die Matrosen, die Besatzung der russischen Kriegsschiffe während des Krieges und während der Revolution. Diese Tatsachenerzählungen wirken besonders deswegen so unmittelbar frisch, weil sie geradezu die Parallele zu den Kämpfen der deutschen Matrosen im Ausgange des Weltkrieges aufdrängen. Durch das Verbot des Filmes „Panzerkreuzer Potemkin“ ist das Buch besonders aktuell.

JURIJ LIBEDINSKI: EINE WOCHE

145 Seiten, Preis 1,20 Mark. „Es ist kein Roman im üblichen Sinne. Es ist vielmehr der Ton einer gigantischen Glocke, der zu uns herüberschallt und uns von den gewaltigen Kämpfen erzählt.“ Berliner Volkszeitung. — „Westlichem Empfinden am nächsten ist wohl Libedinskis Erzählung ‚Eine Woche‘.“ Die Welt am Montag. — „Ein eigenartiges, merkwürdiges Buch.“ New Yorker Volkszeitung.

4 RUSSISCHE ERZÄHLUNGEN VON SSEIFULINA, TAMARIN, JAKOWLEW, IWANOW

246 Seiten, Preis 1,50 Mark. „Novellen von Sseifulina, Tamarin und Iwanow zeichnen mit unerhörter Gefäßtheit Abschnitte des Wechsels von Sieg und Niederlage, der die blutige Besiegelung der Sowjetherrschaft endgültig befestigte. Den Höhepunkt des Genres scheinen mir diese kurzen Erzählungen zu bilden. L. Sseifulinas Novelle: Der Invalide gibt ohne weinerliche Mätzchen das Schicksal eines Jungen aus dem Lumpenproletariat und das knappe Stück Freischärler von A. Jakowlew erschöpft das Geschick einer ganzen Generation von Wolfsnaturen, liefert eine vollkommene Typologie der Männer, die aus unbändiger, vogelfreier Wildveranlagung Revolutionskämpfer und -opfer werden mußten.“ Prager Presse.

W. WERESSAJEW: IN DER SACKGASSE

392 Seiten, Preis 2,50.

A. NEWEROW: DAS ANTLITZ DES LEBENS

250 Seiten, br. 1,80 Mark, geb. 2,75 und 4,50 Mark. Diese 13 Erzählungen aus dem Leben einfacher Arbeiter und Bauern entstammen dem Kampf um den sozialistischen Aufbau Rußlands, atmen den Geist des neuen, erwachenden Lebens; sie beweisen, daß das Antlitz russischen Lebens, das wir aus der sogenannten klassischen russischen Literatur kannten, Dostojewskische Mystik, Tolstoianischer Passivismus, einem anderen Antlitz Platz gemacht hat, dem Antlitz einfacher russischer Bauern, Arbeiter, Rotarmisten, die ein neues Dasein, eine neue Welt zu erkämpfen willens sind.

In Vorbereitung:

FJEDOR GLADKOW: ZEMENT

Der Roman des neuen, des wieder aufbauenden Rußland. Aus einer Enquete einer Moskauer Literarischen Zeitschrift, an der sich Trotzki, Litwinow, Semaschko und andere führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Rußlands beteiligten: „Für das beste Buch der modernen russischen Literatur halte ich ‚Zement‘...“ „Von den 1925 erschienenen Werken gefiel mir am besten der Roman ‚Zement‘.“

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK
WIEN VIII BERLIN SW48